

Ausgabe 05/2021

Zeitschrift des
Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

VLB
akzente



Weichenstellung: Personalratswahlen und Kongress – VLB

Unsere Themen

■ **Berufsbildungskongress 2021**

Astrid Geiger, Vorsitzende des BV Schwaben, blickt voraus auf den Berufsbildungskongress in Ulm/Neu-Ulm und skizziert die Planungen in Zeiten von Covid-19.

■ **Bildungspolitik**

Die Redaktion der *VLB akzente* hat für Sie die wichtigsten Pressemitteilungen der letzten Zeit zusammengefasst.

■ **Dienstrecht kompakt**

Die Hauptpersonalräte Rudolf Keil und Astrid Geiger beschäftigen sich im Hinblick auf die Personalratswahlen 2021, mit der Thematik des Wahlvorschlags.

■ **Stärkung der Führung beruflicher Schulen**

Professor Karl Wilbers, Mitglied des Expertengremiums, stellt das Gutachten des Aktionsrates Bildung vor.

■ **Offene Briefe an die Politik**

Gleich zwei offene Briefe erreichten die Redaktion, die an Dr. Markus Söder, Prof. Dr. Michael Piazzolo und Franz Josef Pschierer gerichtet sind.

■ **Corona-Spezial**

Lisa Ruf und Markus Hergesell widmen sich in unserem *VLB akzente-Spezial* den Dilemmata der Coronakrise.

■ **Bleiben Sie gesund!**

Diesen Satz hört man derzeit oft. Burnout-Berater Andreas Büttner erklärt, wie dies mit dem eigenen Denken zusammenhängt.

Thema des Tages

Astrid Geiger

03 VLB-Berufsbildungskongress 2021

Bildungspolitik

VLB

04 Berufliche Schulen brauchen Testpflicht!

abl

05 Schluss mit der Verantwortungsverschiebung

Dienstrecht

Rudolf Keil, Astrid Geiger

06 Ohne Wahlvorschlag kein Personalrat

Rudolf Keil, Astrid Geiger

08 Beihilfeänderung, Urlaubsplanung und Schöffendienst

Maik Heitmann

09 Elterngeld wird flexibler

VLB-Berufsbildungskongress

Dr. Maike Tholen, Klaus Hlawatsch

10 Die gastgebenden Schulen stellen sich vor

Lehrerbildung

Prof. Dr. Karl Wilbers

12 Gutachten des Aktionsrats Bildung

Schulentwicklung

Christian Kral

15 Medienkompetenz vermitteln ist wichtiger denn je – Lehrermedientag

Martin Ruf

16 Zeitungsprojekt und Interview

VLB akzente-Spezial

Lisa Ruf

18 Wie der Corona-Lockdown mein Leben veränderte

Markus Hergesell

21 Das Corona- Dilemma

Aus dem Verbandsleben

22 Landesverband
24 Referate und Fachgruppen
24 Junger VLB
25 Personalien

Umschau

27 Lehrgesundheit
28 Leser schreiben
30 Bücher/Medien
31 Nachrichtliches

Titelbild:
Adobe Stock

Redaktionsschluss
Ausgabe 07/2021:
18.05.2021
Ausgabe 08-09/2021:
27.07.2021

Thema des Tages

ASTRID GEIGER



VLB-Berufsbildungskongress 2021



Im März 2020 hatte das Kongress-Vorbereitungsteam in Schwaben bereits mehrfach getagt, Ideen gesammelt, Konzeptvorschläge und Ablaufpläne erstellt. Der Termin zur Absprache der nächsten Schritte war vereinbart, das Konferenzzimmer in der Geschäftsstelle gebucht. Unser Zeitplan stand.

Plötzlich wurde der Alltag hektisch und dann ganz still – die Pandemie hatte Deutschland erreicht.

Der Hauptvorstand musste handeln und eine Entscheidung treffen. Der 15. VLB-Berufsbildungskongress wurde um ein Jahr verschoben, auf den 19. und 20. November 2021 verlegt.

Inzwischen sind die Vorbereitungen für den Bildungsbildungskongress wieder angelaufen und wir freuen uns darauf, Sie im November 2021 in Schwaben begrüßen zu dürfen.

Kongress in den Städten Ulm und Neu-Ulm

Die modernen Zwei-Länder-Städte und der Bildungsbildungskongress wollen begeistern.

In Ulm, wo wir wohnen werden, erleben wir Kultur pur. Auf der baden-württembergischen Seite befinden sich das historische Münster, ein ehrwürdiges Rathaus und der alte Markt – unmittelbar gegenüber, die modernen Bauten der Neuen Straße. Das von der Ulmer Bürgerschaft finanzierte Münster lädt zu einer Besichtigung ein. Als Lohn für den Aufstieg auf den höchsten Kirchturm der Welt (768 Stufen) bietet sich ein beeindruckender Ausblick auf Ulm, Neu-Ulm und das Umland. Wem dies zu anstrengend erscheint, der kann als Alternative das schiefste Hotel der Welt bestaunen oder sich von einem Nachtwächter durch die Stadt führen lassen.

Auf bayerischer Seite widmen wir uns an der Staatlichen Berufsschule Neu-Ulm und der Staatlichen FOSBOS Neu-Ulm der beruflichen Bildung. Wir diskutieren mit Vertreterinnen und Vertretern des Kultusministeriums, der Bezirksregierungen, der Sachaufwandsträger, der Parteien, der Kammern, der Betriebe

als duale Partner, der Hochschulen, des ISB, der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung sowie Kolleginnen und Kollegen befreundeter Verbände aus dem In- und Ausland zentrale Fragen beruflicher Bildung und zeitgemäßen sowie zukunftsorientierten Unterrichts. Wie können digitale Werkzeuge und Kommunikationsplattformen sinnvoll und effektiv in den Präsenzunterricht eingebunden werden? Welche Möglichkeiten gibt es, die Bedürfnisse und Persönlichkeitsrechte der Lernenden und unserer Kolleginnen und Kollegen bestmöglich umzusetzen? Der Berufsbildungskongress bietet die Plattform, die dafür nötigen und teils neu zu schaffenden Rahmenbedingungen für Unterricht, Personalführung und die Gesunderhaltung unserer Lehrkräfte zu durchdenken, gemeinsam zu erörtern und weiterzuentwickeln.

Die Begegnungen und der gegenseitige Austausch vieler an der beruflichen Bildung Interessierter haben unsere Berufsbildungskongresse schon früher zu Orten der Inspiration und der Innovation gemacht.

Wären wir nicht noch immer in der Corona-Pandemie gefangen, könnten wir Ihnen an dieser Stelle das Programm des Bildungsbildungskongresses 2021 präsentieren und Sie zu einer Gedankenreise in den November 2021 einladen.

Doch es ist und wird anders ...

Berufsbildungskongress in Zeiten von Corona

Heute sind Kongresse, durch die derzeit gültige Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung noch untersagt. Zurzeit ist schwer planbar, wie viele Menschen sich unter welchen Bedingungen im November 2021 im Rahmen eines Kongresses versammeln dürfen.

Dennoch wird der 15. VLB-Berufsbildungskongress vom 19. bis 20. November 2021 stattfinden.

Der VLB-Berufsbildungskongress 2021 wird sich sicher in einer ganz anderen als der bisher gewohnten Form präsentieren. Doch jede Veränderung

birgt neue Chancen und innovative Ideen. Alle Beteiligten lassen sich in der Vorbereitung auf die veränderten Rahmenbedingungen ein, entwickeln neue Konzepte und freuen sich über die vielfältigen Möglichkeiten, die sich bieten. Sie dürfen gespannt sein, wir sind es auch.

Bitte merken Sie sich den **19. und 20. November 2021** in Ihrem Terminkalender vor, wir freuen uns auf Sie.

Es grüßt Sie herzlich

*Ihre Astrid Geiger
Vorsitzende des BV Schwaben*



Automatische Info erhalten, wenn eine neue VLB akzente erscheint und gleich online lesen.
www.vlbbayern.de/service/vlb-akzente

Berufliche Schulen brauchen Testpflicht!

VLB-Pressemitteilung vom 22.03.2021

„Zu wenige Selbsttests für Lehrkräfte sind angekommen und das Durcheinander nimmt sogar noch zu“. Damit fasst der VLB-Landesvorsitzende Pankraz Männlein die aktuellen Entwicklungen zur Durchführung freiwilliger Corona-Selbsttests an den beruflichen Schulen in Bayern zusammen.

Während bei Masern eine „Zwangsimpfung“ als Voraussetzung für den Schulbesuch per Gesetz vorgeschrieben ist und von oberster Stelle mit Schulausschlüssen auch konsequent durchgesetzt wird, sind die Pandemiemaßnahmen aus Sicht von Schulleitern und Lehrkräften eher zur Eindämmung eines leichten Schnupfens geeignet. Mit dem kritischen Blick auf Deutschland als den Organisationsweltmeister und Bayern als den Musterschüler ist es gesellschaftlich insgesamt nicht nachvollziehbar,

dass Staatsregierung und Landtag aus Sicht des Berufsschullehrerverbands ganz offensichtlich die Einsicht in die Notwendigkeit fehlt, wirklich geeignete Regelungen als Gesetz zu beschließen.

Das derzeitige System für Selbsttests in Klassenzimmern schießt laut Männlein völlig am Ziel vorbei, da es zu Lasten der knappen (Präsenz-)Unterrichtszeit geht, im Falle eines positiven Tests in der Klasse den gesundheitsbezogenen Datenschutz der Schüler massiv verletzt und mit potentiell infizierten Schülern in Schulbus und Schulhaus eher zur Verbreitung der Pandemie beiträgt. Die Freiwilligkeit des Tests, mit der dann nur ein Teil der Schüler- und Lehrerschaft erfasst wird und die Tatsache, dass die Ungetesteten das Virus weiterverbreiten, ist laut Männlein nur schwer verantwortbar. //

„Das einzige probate Mittel gegen diese Pandemie ist neben dem baldigen Impfen, eine gesetzlich verankerte Testpflicht für alle Schülerinnen und Schüler, alle Kolleginnen und Kollegen sowie für alle weiteren an der Schule Beschäftigten, wobei das Testen außerhalb des Schulhauses zu erfolgen hat. Dieses liegt übrigens auch im Interesse der häufig systemrelevanten Ausbildungsbetriebe“, so Männlein.

Es muss doch in unserem so gut durchorganisierten Land nach einem langen Pandemiejahr auch für Schulen endlich möglich werden, dass wie in Krankenhäusern und Altenheimen Medizin- und Hygieneexperten geeignete Maßnahmen und Vorgehensweisen festlegen, die den Schulbesuch und die Arbeit der Lehrkräfte endlich wieder sicher machen. Die Staatsregierung steht hier weiter in der Pflicht. //

Brände löschen, nicht beschleunigen!

abl-Pressmitteilung vom 26.03.2021

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände besteht aus vier Verbänden, mit rund 60 000 Mitgliedern an allen Schularten in Bayern. Zur Debatte um einen Brandbrief und die Reaktionen aus Politik und Medien stellen die Vorsitzenden Pankraz Männlein (vlb), Walburga Krefting (KEG), Michael Schwägerl (bpv) und Jürgen Böhm (brlv) gemeinsam fest:

„Unsere Mitglieder fühlen sich zu recht in einem falschen Bild dargestellt. Der Brief des blv, der vor allem Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen vertritt, hat – wie es der Begriff ‚Brandbrief‘ schon suggeriert – in einer ohnehin aufgeheizten Atmosphäre weiter Öl ins Feuer gegossen und den gesellschaftlichen Brand beschleunigt. Es ist dadurch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht bereit sind, in der Krise zusätzlich Ver-

antwortung zu übernehmen. So sind wir aber nicht.

Stattdessen sollte bei allen Beteiligten, bei der Politik, den Medien und nicht zuletzt allen Interessensvertretern, die Energie zur gemeinsamen Lösung der Krise und damit zum Löschen des Brandes verwendet werden.

Ja, es gibt gesundheitliche Sorgen und Ängste bei Lehrern, Schülern und Eltern, aber auch in allen anderen Bereichen der Gesellschaft, die berechtigt und ernst zu nehmen sind. Ja, die bisherigen Maßnahmen sind definitiv noch steigerungsfähig, auch wenn die gestern verkündeten 2,6 Millionen FFP2-Masken für Lehrkräfte ein sehr guter Schritt in diese Richtung sind. Nach den Ferien müssen genügend Tests für die Schüler vorhanden sein, sodass nur negativ Getestete in die Schulen kommen. Die Teststrategie muss noch deutlich verbessert werden.

Und selbstverständlich muss es das Ziel sein, zügig Impfangebote für alle Lehrkräfte im Präsenzunterricht zu machen.

Wir in der abl stehen für praxisnahe, zielführende und umsetzbare Lösungen für den Gesundheitsschutz, nicht für Maximalforderungen – auch nicht verbaler Art. Wir müssen zu einem konstruktiven Miteinander zurückkehren – zum Wohle der Schüler, Eltern und Lehrer. Nach elf langen Wochen bieten die Ferien und insbesondere die Karwoche Gelegenheit, innezuhalten und kluge Entscheidungen zu treffen.“ //

Schluss mit der Verantwortungsverschiebung

abl-Pressmitteilung vom 22.03.2021

Die Schulen ohne entsprechend kontrollierbare Teststrategien oder ausreichende Impfangebote als „Versuchslabore“ mitten in der beginnenden dritten Welle und mit Werten jenseits der 100 zu öffnen, kommt einem Offenbarungseid gleich. „Es muss endlich seitens des Staates Verantwortung übernommen werden“, so die Vorsitzenden der in der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände zusammengeschlossenen Verbände Männlein (VLB), Böhm (brlv), Krefting (KEG) und Schwägerl (bpv).

Die Vorsitzenden verweisen auf die Warnungen von Wissenschaftlern und Epidemiologen zu den massiv zunehmenden Infektionszahlen unter Jugendlichen seit der Schulöffnung Ende Februar und besonders seit dem Auftreten der Mutationen.

„Wer Tests nicht kontrolliert und keine Konsequenzen daraus ableitet, der braucht auch keine Tests anzubieten! Hier versagt gerade die staatliche Kontrolle auf ganzer Linie und nicht nur in

den Schulen“, so die Vertreter der vier Lehrerverbände.

„Was wir endlich brauchen, sind verbindliche und vernünftige Teststrategien, bei denen die Gesundheit sowohl der Lehrkräfte als auch der Schüler maximal geschützt werden. Dazu gehört es nicht, die Schüler in vollen Bussen bis zum Klassenzimmer zu karren, um sie dort unter fragwürdigen Bedingungen zu testen und dann mit einem positiven Testergebnis wieder nach Hause zu schicken!“, so die Lehrervertreter. Am besten wäre es nach wie vor, die Kinder würden zu Hause unter Aufsicht der eigenen Eltern getestet und kämen so gar nicht erst in Kontakt mit weiteren Mitschülern. Selbst, wenn externe Expertenteams diese Testungen an den Schulen übernehmen, bleiben zu viele Kontaktmöglichkeiten, um die hochansteckenden Mutanten zu verbreiten.

Klassenzimmer sind keine Testzentren, Lehrkräfte kein medizinisches Per-

sonal und eine Beaufsichtigung ohne Hilfestellung ist bei den jüngsten Schülerinnen und Schülern ohnehin nicht umsetzbar. Die Vorsitzenden der abl-Verbände appellieren deshalb dringend an die Vernunft der Ministerpräsidenten, die Kultusminister mit praktikablen und sicheren Strategien zu unterstützen: Wir brauchen klare, praktikable, sichere und kontrollierbare Teststrategien, schnelle und unbürokratische Impfangebote für alle Lehrkräfte und die strikte Umsetzung von Hygiene- und Stufenplänen. Und dazu gehört selbstverständlich die Einhaltung der Inzidenzwerte! //

Wir kämpfen für Sie



Im vergangenen Monat waren der VLB und seine abl-Partnerverbände wieder sehr aktiv im Dienste der Mitglieder. Glücklicherweise wurde ein Teil dieser Arbeit auch über einige Medien transportiert. Das Bild zeigt unseren Landesvorsitzenden Pankraz Männlein im Interview für das Bayerische Fernsehen. Einen Link zum TV-Beitrag sowie ausgewählte

weitere finden Sie auf der VLB-Homepage. Dort sind auch sämtliche Pressemitteilungen des Verbandes veröffentlicht. In der *VLB akzente* können wir immer nur eine kleine Auswahl der Ergebnisse des VLB-Arbeitskreises Öffentlichkeitsarbeit präsentieren. Ein weiteres finden Sie auf der Rückseite dieser Ausgabe. -ck-

Ohne Wahlvorschlag kein Personalrat

Dienstrecht kompakt

RUDOLF KEIL, ASTRID GEIGER



Ein Wahlvorschlag zur Personalratswahl besteht aus zwei Teilen: der Bewerberliste und der Unterschriftenliste. Die Unterzeichner in der Unterschriftenliste fordern die Wahlberechtigten auf, einen oder mehrere Bewerber (Personenwahl) oder die gesamte Liste (Verhältniswahl) zu wählen. Ein Wahlvorschlag kann nur entweder über die wahlberechtigten Beschäftigten oder die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften eingereicht werden.

Welchen Inhalt muss ein Wahlvorschlag haben?

Das gibt § 8 WO-BayPVG eindeutig vor. Der Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele Bewerber aufweisen wie Personalratsmitglieder zu wählen sind. Der Wahlvorschlag ist aber auch mit weniger Bewerbern gültig – letztlich sogar mit nur einem einzigen; allerdings fehlt es dann bei Verhinderung oder Ausscheiden von Personalratsmitgliedern während der Amtsperiode u.U. an Ersatzmitgliedern. Angegeben werden müssen zwecks Identifizierung der Kandidaten Name, Vorname, Geburtsdatum, Amts- oder Funktionsbezeichnung im dienstlichen Sinne (also keinesfalls „Personalrat“!), Gruppenzugehörigkeit, Beschäftigungsstelle (bei gemeinsamer Wahl Zusammenfassung der Bewerber nach Gruppen). Stets muss eine Reihenfolge (am besten durch Nummerierung) erkennbar sein.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen auch wählbar sein. Ist nur einer nicht wählbar, ist der gesamte Wahlvorschlag ungültig. Auch Streichungen oder Änderungen in der Bewerberliste (Hinzufügung/Streichung von Kandidaten) durch den Listeneinreicher oder sonstige Dritte machen den Wahlvorschlag ungültig (§ 10 Abs. 2 WO-BayPVG), da sie den Erklärungswert der geleisteten Stützunterschriften verändern. Zulässig ist allenfalls die Berichtigung offensichtlicher Fehler, wie Schreibweise eines

Namens (VGH BW 10.07.1984, PersV 1987, 477). Vor Einreichung des Wahlvorschlags beim Wahlvorstand (WV) können demgegenüber in der Unterschriftenliste Änderungen vorgenommen werden (Streichung einer Unterschrift mit Einverständnis des Unterzeichners), denn der Wahlvorschlag wird erst mit Einreichung beim Wahlvorstand verbindlich.

Wie viele Unterschriften muss ein Wahlvorschlag der Beschäftigten aufweisen?

Art. 19 Abs. 4 und 5 BayPVG will nur ernsthaftige Bewerber zulassen und einer Stimmenzersplitterung vorbeugen.

Bei Gruppenwahl müssen mindestens ein Zwanzigstel, also 5 Prozent der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnen, bei gemeinsamer Wahl mindestens ein Zwanzigstel aller wahlberechtigten Beschäftigten. Aber wie klein die Dienststelle auch ist: Drei Unterschriften sind das Minimum. 50 Unterschriften genügen dagegen immer, bei Gruppenwahl ebenso wie bei gemeinsamer Wahl. Eine Besonderheit gilt, wenn für eine Gruppe ein gruppenfremder Bewerber, also für die Beamtengruppe ein Arbeitnehmer oder umgekehrt, vorgeschlagen werden soll. Dann müssen sogar 10 Prozent, höchstens aber 50 der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnen (§ 19 Abs. 6 BayPVG).

Die Unterschriften der Bewerber auf einer separaten Zustimmungserklärung zählen nicht als Stützunterschrift. Der Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) selbst muss erkennen lassen, wer Wahlbewerber sein will und wer mit seiner Unterschrift nicht nur seine Kandidatur erklären, sondern zugleich auch die eigene Liste stützen will (zum BetrVG: BAG 06.11.2013, a.a.O.; zur Doppelgeltung bei Verwendung der Rubrikbezeichnung „Zustimmung des Kandidaten, zugleich Stützunterschrift zur Liste“ vgl. zum BetrVG: BAG 12.02.1960, DB 1960, 471; LAG Hessen 28.01.2002, NZA-RR 2002, 424).

Ob und unter welchen Voraussetzungen die Unterschrift des Kandidaten auf dem Wahlvorschlag zugleich auch als Stützunterschrift gilt, ist aber schwer vorhersehbar und einzelfallabhängig.

Wer darf einen Wahlvorschlag der Beschäftigten unterschreiben?

Nur wahlberechtigte Beschäftigte der Dienststelle/des Geschäftsbereichs, für die/den die Personalvertretung gewählt werden soll; Wählbarkeit ist nicht erforderlich. Weiterhin auch Wahlbewerber (BAG 06.11.2013, a.a.O.) und Wahlvorstandsmitglieder. Jeder darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen (§ 9 Abs. 3 WO-BayPVG), und zwar eigenhändig – Vertretung ist unzulässig. Bei Mehrfachunterzeichnung wird der Wahlvorstand den Beschäftigten auffordern zu erklären, auf welchem Wahlvorschlag er seine Unterschrift aufrechterhalten will (§ 10 Abs. 4 WO-BayPVG). Wird in diesem Zusammenhang vom Wahlvorstand eine Unterschrift auf einem Wahlvorschlag gestrichen (weil der Unterzeichner seine dort geleistete Unterschrift zurückzieht oder sich trotz Aufforderung nicht erklärt), wird der Wahlvorschlag, wenn er nun zu wenig Unterschriften aufweist, zwar ungültig; aber der Mangel ist heilbar, d.h. die Einreicher können den Wahlvorschlag innerhalb der vom Wahlvorstand gesetzten Frist mit einer ausreichenden Anzahl neuer Unterschriften gültig machen.

Können hingegen nicht genügend „Ersatz“-Unterzeichner gefunden werden, wird der Wahlvorschlag nun definitiv ungültig.

Die leitenden Beschäftigten – dazu gehört die Dienststellenleitung, ihre ständige Vertretung, bei obersten Dienstbehörden die Leitung der Abteilung für Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, bei Bundesoberbehörden ohne nachgeordnete Dienststellen und bei Behörden der Mittelstufe die entsprechenden Abteilungsleitungen – sind nicht wahl-

vorschlagsberechtigt, ebenso wenig solche Beschäftigte, die zu selbstständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten der Dienststelle befugt sind (Art. 14 Abs. 2 und 3 BayPVG). Dennoch geleistete Unterschriften zählen schlicht nicht mit; der Wahlvorschlag wird aber nur und erst dann ungültig, wenn es in der Folge an der erforderlichen Anzahl von Unterschriften fehlt.

Was gilt bei Unterzeichnung eines gewerkschaftlichen Wahlvorschlags?

Hier genügen zwei Unterschriften von Beauftragten einer Gewerkschaft. Bei einem gemeinsamen Wahlvorschlag von zwei Gewerkschaften sind allerdings zwei Unterschriften von jeder Gewerkschaft erforderlich, ansonsten ist der Wahlvorschlag ungültig (OVG SA 06.03.2002).

Die Beauftragten müssen in der Dienststelle beschäftigt sein, für die die Personalvertretung gewählt werden soll (bei Wahl der Stufenvertretung dem jeweiligen Geschäftsbereich), und der jeweiligen Gewerkschaft angehören (Art. 19 Abs. 7 BayPVG); sie brauchen aber weder der Gruppe anzugehören, für die der Wahlvorschlag eingereicht wird, noch überhaupt wahlberechtigt zu sein. Wer als Beauftragter der Gewerkschaft auftreten soll, entscheidet die jeweilige Gewerkschaft selbst. Die Beauftragung kann sich aus der Satzung ergeben oder durch die satzungsmäßigen Organe ordnungsgemäß ausgesprochen worden sein (VG Düsseldorf 12.11.2010). Der Wahlvorstand kann in Zweifelsfällen verlangen, dass die Gewerkschaft die Beauftragung und/oder die Mitgliedschaft schriftlich bestätigt. Auch Unterorganisationen von Gewerkschaften können einen Wahlvorschlag einreichen, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen (korporative Verfassung, eigenes Vermögen, Legitimation zur selbstständigen Gestaltung dienstrechtlicher Verhältnisse, BVerwG 27.11.1981, PersV 1983, 408).



Personalratswahlen 2021

Bis wann und bei wem müssen Wahlvorschläge eingereicht werden?

Die Einreichungsfrist beträgt nach § 7 Abs. 2 BayPVG stets volle 25 Kalendertage. Samstage, Sonntage und Feiertage zählen also mit. Bis dahin muss der Zugang beim Wahlvorstand erfolgt, d.h. diesem die Kenntnisnahme unter gewöhnlichen Verhältnissen möglich sein und nach der Lebenserfahrung erwartet werden können (BVerwG 03.03.1969, PersV 1970, 37). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, d. h. Versäumen der Frist führt zum unwiderruflichen Ausschluss des Wahlvorschlags aus dem Wahlverfahren. Eine „Wiedereinsetzung“ bei unverschuldetem Versäumen gibt es nicht. Der Wahlvorstand darf auch nicht „Gnade vor Recht“ walten lassen. Die Frist beginnt am Tag nach dem Aushang (= Erlass) des Wahlausschreibens: Der Tag des Aushangs selbst (bei Aushang an verschiedenen Orten an unterschiedlichen Tagen: der Tag des letzten Aushangs) wird nicht mitgezählt. Das Fristende kann nur auf einem Arbeitstag (nicht auf einem Samstag, Sonn- oder Feiertag) liegen.

Der Wahlvorschlag darf eingereicht werden bis 24.00 Uhr am letzten Tag der Frist (BVerwG 17.07.1980, PersV 1981, 498). Zur fristwährenden Entgegennahme berechtigt sind alle, aber auch nur die ordentlichen Mitglieder des Wahlvorstandes. Deshalb muss sich mindestens ein Mitglied während der im Wahlausschreiben angegebenen Dienststunden unter der angegebenen Dienstanschrift bereithalten (BVerwG 17.12.1957, ZBR 1958, 187); es muss den Eingang auf dem Wahlvorschlag mit Datum und Uhrzeit vermerken. Einreicher sollten sich eine Eingangsbestätigung geben lassen. Der Eingang eines Wahlvorschlags bei einer anderen Stelle wahrt nicht die Frist! Eine Aushändigung an Personalrat, Dienststellenleitung oder eine sonstige Person hat nur die Wirkung des Einsatzes eines Boten. Wird der Wahlvorschlag

per Post zugesandt, ist er zu dem Zeitpunkt zugegangen, in dem er frühestens in den Verfügungsbereich des Wahlvorstand gelangt sein kann (Postfach des Wahlvorstand oder der Dienststelle).

Wie ist der Wahlvorschlag „in Form“ zu bringen?

Selbstverständlich muss der Wahlvorschlag schriftlich eingereicht werden und zwar in Urschrift (Original) (BVerwG 11.03.2014). Erfolgt die Einreichung per Telefax oder als Scan via E-Mail, muss die Urschrift nachgereicht werden, und zwar innerhalb der Einreichungsfrist! Der Wahlvorstand muss den Wahlvorschlag zur Nachbesserung (§ 10 Abs. 5 WO-BayPVG) zurückgeben. Einreichung per Telefax soll (nur) nach VG Hamburg (11.12.1992 – 1 VG FB 30/92, juris) und Vertretern der Literatur dann zulässig sein, wenn der Wahlvorstand auf dem Wahlausschreiben seine Faxnummer angibt.

Der Wahlvorschlag muss eine einheitliche Urkunde darstellen. Das setzt nicht zwingend eine körperlich feste Verbindung von Bewerber- und Unterschriftenliste voraus (VGH 23.03.2017, ZfPR 2017, 102). Besteht er im Zeitpunkt der Leistung der Stützunterschriften aus mehreren Blättern, so muss aber jedes Blatt die vollständige Liste der vorzuschlagenden Wahlbewerber und einen Teil der notwendigen Unterschriften enthalten, die Zusammengehörigkeit der einzelnen Blätter ohne weiteres zu erkennen sein und alle Einzelblätter gleichzeitig eingereicht werden, also aus dem Inhalt der Urkunde selbst die Zusammengehörigkeit hervorgehen (VG Hamburg 11.12.1992, a.a.O.). Es genügt nicht, wenn die Stützunterschriften auf einzelnen Blättern geleistet werden und diese nachträglich, nämlich vor der Einreichung beim Wahlvorstand, mit dem Wahlvorschlag durch Heftklammern und/oder Klebestreifen verbunden werden (VG Arnberg 16.09.1992 – 21 K 1474/92.PVB, juris). Die einzelnen

Blätter der Unterschriftenliste dürfen also nicht getrennt von der Bewerberliste umlaufen. Es ist aber zulässig, die Vorschlagsliste zu fotokopieren und auf mehreren Wahlvorschlagsexemplaren Stützunterschriften zu sammeln, sofern diese jeweils sämtliche Bewerberinnen/ Bewerber inhaltlich übereinstimmend aufzuführen (zum BetrVG: LAG Hessen 25.04.2018, ZBVR online 7-8/2018, S. 15).

Muss der Wahlvorschlag Kennwort und Listenvertreter haben?

Nein. Der Wahlvorschlag ist auch ohne diese Angaben gültig. Ein Kennwort dient aber der besseren Unterscheidung der Wahlvorschläge und Erleichterung der Stimmabgabe. Wird ein Kennwort aufgeführt, darf es nicht irreführend sein. Unzulässig ist ein Kennwort, wenn es den wahren Urheber des Wahlvorschlags nicht erkennen lässt.

Ist in dem Wahlvorschlag kein Listenvertreter angegeben, gilt der an erster Stelle stehende Unterzeichner als

Listenvertreter. Die Angabe, am besten mit allen Kontaktdaten, ist aber wichtig, damit der Wahlvorstand bei Beanstandungen den Wahlvorschlag schnellstmöglich an die Stelle zurückgeben kann, die für fristgerechte Mängelbeseitigung bzw. Neueinreichung sorgen kann.

Welche Bedeutung hat die Einverständniserklärung?

Die Aufnahme eines Beschäftigten in einen Wahlvorschlag ist nur dann zulässig, wenn der Beschäftigte damit einverstanden ist. Das Einverständnis kann ab Zugang beim Einreicher nicht mehr widerrufen werden (BVerwG 30.10.1964, PersV 1965, 59). Zum Nachweis des Einverständnisses ist eine schriftliche, eigenhändig unterschriebene Erklärung (mit Namen, nicht Paraphe) erforderlich, die beim Wahlvorstand zwingend im Original eingereicht werden muss (BVerwG 11.03.2014). Die Einreichung per Fax oder E-Mail ist unbeachtlich, weil formwidrig. Der Wahlvorstand ist weder

verpflichtet noch berechtigt zu prüfen, ob eine Telefaxerklärung nach den Umständen des Einzelfalls als echt gewertet werden könnte (BVerwG 11.03.2014, a.a.O.). Fehlt bei Einreichung des Wahlvorschlags beim Wahlvorstand die gültige Zustimmungserklärung auch nur eines von mehreren Kandidaten, so ist der Wahlvorschlag insgesamt ungültig. Er ist aber heilbar: Der Wahlvorstand hat ihn zurückzugeben mit der Aufforderung, den Mangel binnen drei Arbeitstagen zu beseitigen. Der Wahlvorschlag wird gültig, wenn dem Wahlvorstand die fehlenden Zustimmungserklärungen in dieser Frist zugehen; andernfalls wird der Wahlvorschlag endgültig ungültig (§ 10 Abs. 5 Nr. 2 WO-BayPVG).

Quelle: dbb

Beihilfeänderungen, Urlaubsplanung und Schöffendienst

Dienstrecht kompakt

RUDOLF KEIL, ASTRID GEIGER

Seit dem 1. Februar 2020 ist der Brexit gültig, das heißt das Vereinigte Königreich ist formal nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Im Austrittsabkommen wurde allerdings eine Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2020 verankert, in der das EU-Recht für das Vereinigte Königreich grundsätzlich weiterhin gültig war.

Dies bedeutet, dass für alle Aufwendungen, die seit dem 1. Januar 2021 für Leistungen im Vereinigten Königreich entstanden sind oder entstehen, Beihilfen unter Beachtung des in § 45 Abs. 1 Satz 1 BayBhV zu gewähren sind. Sie sind damit grundsätzlich nur bis zu der Höhe beihilfefähig, in der sie im Inland entstanden und beihilfefähig wären. Die bekannten Ausnahmetatbestände für Notfallbehandlungen gelten weiterhin (§ 45 Abs. 1 Satz 5 BayBhV).

Aus Fürsorgegründen ist eine zeitlich befristete weitere Anwendung des bisherigen Rechts bei den folgenden Sachverhalten geboten:

- Berücksichtigungsfähige Kinder, die

im Rahmen der geltenden Höchstaltersgrenzen bereits vor dem 1. Januar 2021 ein Studium im Vereinigten Königreich aufgenommen haben, bis zum Abschluss des Studiums / des Studienabschnitts (z. B. laufende Auslandssemester), maximal bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs.

- Abschluss von laufenden Behandlungen, das heißt die vor dem 1. Januar 2021 begonnen, aber erst nach dem 31. Dezember 2020 abgeschlossen wurden oder werden, insbesondere stationäre Krankenhausbehandlungen.

Quelle: FMS vom 19.03.2021, 25-P 1820-1/249

Urlaubsplanung in Zeiten von Corona

Die Möglichkeit der Planung von Urlaubsreisen ins Ausland richtet sich nach der Einstufung eines konkreten Gebietes als Risikogebiet. Ist ein Ziel als Risikogebiet mit der Folge einer Quarantäneverpflichtung bei Rückkehr ausgewiesen, muss der Aufenthalt so geplant werden, dass dieser plus die Ableistung der Quarantäne vollständig in der unterrichtsfreien Zeit liegen. Ansonsten unterliegen Reisen keiner Beschränkung.

Genauere Hinweise zu Aufenthalten im Ausland finden Sie den im – zum Zeitpunkt der Drucklegung geltenden – FMS P 1400-1/130 vom 02.10.2020, welches Sie auf der Homepage des VLB unter „Service -KMS“ nachlesen können. Bitte beachten Sie hierfür den Punkt 7. „Privater Aufenthalt im Ausland“ auf S. 6 ff. Sollte das FMS aktualisiert werden, so werden wir die Aktualisierung auf der Homepage des VLB unter „Service – KMS“ veröffentlichen.

Schöffendienst bei Gericht

Das Schöffenamtsamt ist ein staatsbürgerliches Ehrenamt, zu dessen Übernahme und Ausübung jeder Deutsche, der die Voraussetzungen erfüllt, verpflichtet ist. Ein Schöffe ist während seiner Amtszeit einem Richter gleichgestellt. Sofern die Anwesenheit des ehrenamtlichen Richters während einer Verhandlung oder einem Ortstermin notwendig ist, wird Dienstbefreiung erteilt. Versäumte Unterrichtsstunden sind nicht nachzuholen. Sofern Unterricht anerkannter Weise nachgeholt wird, sind diese Stunden dem UZK gutzuschreiben.

Quelle: KM, Referat VI.7

Elterngeld wird flexibler

Dienstrecht kompakt

Elterngeld hilft Paaren, Beruf und Kindererziehung besser zu meistern. Nach 15 Jahren wird das Elterngeld nun reformiert. Das betrifft Kinder, die nach dem 1. September 2021 geboren werden.

Seit 2007 gibt es das Elterngeld. Es wurde seinerzeit als Ersatz für das antiquierte Erziehungsgeld ins Leben gerufen. Für Eltern, deren Kinder nach dem 1. September 2021 geboren werden, wird der Anspruch nun in bestimmten Fällen erweitert und flexibler gestaltet. Das müssen Eltern „in spe“ wissen.

Was heute gilt

Grundsätzlich erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige Elterngeld nach der Geburt eines Kindes, wenn sie wegen der Kinderbetreuung zunächst gar nicht oder deutlich weniger arbeiten. Derzeit gibt es laut Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) mindestens 300 Euro und höchstens 1.800 Euro, je nachdem wie hoch das Nettoeinkommen war. Diese Beträge gelten im Übrigen bereits seit der Einführung vor mehr als 15 Jahren. Machen beide Elternteile bei der Kinderbetreuung mit, so erhalten sie für maximal 14 Monate Elterngeld.

Was ab September gilt

Mit der nun anstehenden Reform sollen Eltern dabei unterstützt werden, ihren Beruf und Familienalltag noch flexibler zu organisieren. Das wird jedenfalls für Eltern gelten, deren Kinder nach dem 1. September 2021 geboren werden. Für Eltern, deren Kinder davor geboren wurden und werden, gilt altes Recht.

Teilzeit

Während der Elternzeit besteht Anspruch auf eine Teilzeittätigkeit. Dabei gilt aktuell eine maximal zulässige Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche. Diese Grenze wird auf 32 Wochenstunden angehoben. Das soll den Eltern mehr Teilzeitarbeit bei gleichzeitigem Elterngeldbezug ermöglichen.

Partnerschaftsbonus

Mehr Möglichkeiten wird es auch beim sogenannten Partnerschaftsbonus geben. Dieser Bonus sieht für solche Paare ein zusätzliches Elterngeld vor, bei denen beide Partner eine gewisse Anzahl von Stunden in Teilzeit beschäftigt sind und die Kinderbetreuung gemeinsam übernehmen. Der

Stundenkorridor, in dem Eltern neben dem Bezug von Elterngeld arbeiten können, wird ab September von bisher 25 bis 30 auf dann 24 bis 32 Stunden erweitert. Eltern können demnach im Schnitt eine Wochenstunde weniger oder auch bis zu zwei Wochenstunden mehr arbeiten als bisher. Die größere Flexibilität soll für mehr Eltern Anreiz sein, den Partnerschaftsbonus in Anspruch zu nehmen.

Frühgeborene

Und auch für Eltern besonders früh geborener Kinder gibt es mehr Rückhalt. Aktuell erhalten Eltern einen zusätzlichen Monat Elterngeld, wenn ein Kind mindestens sechs Wochen vor dem errechneten Termin geboren wird. Künftig gilt zusätzlich: Wird das Kind acht Wochen zu früh geboren, gibt es zwei zusätzliche Elterngeldmonate, bei zwölf Wochen drei Monate und bei 16 Wochen vier. So erhalten Eltern mehr Zeit, Ruhe und Sicherheit, die diese besondere Situation bedarf.

Mischeinkünfte

Bisher gilt der Bemessungszeitraum für Selbstständige, wenn Eltern zwar als Arbeitnehmer tätig sind, aber zusätzlich Nebeneinkünfte aus selbstständiger Tätigkeit haben. Das bedeutet, es wird für die Berechnung des Elterngeldes stets das letzte Wirtschaftsjahr (also in der Regel das letzte Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes) zugrunde gelegt. Das wird auch dann so ge-

handhabt, wenn das Gewerbe vor der Geburt oder im Jahr davor abgemeldet oder die selbstständige Tätigkeit eingestellt wurde – und auch dann, wenn in diesem Bemessungszeitraum ein wesentlich geringeres Einkommen als im Jahr zuvor oder in den Monaten direkt vor der Geburt des Kindes erzielt wurde. Bei diesem Zusammentreffen von Einkünften spricht der Gesetzgeber von Mischeinkünften. Hier wird – bei nur geringen Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit – künftig der Bemessungszeitraum wie bei Arbeitnehmern angeschaut; sprich die letzten zwölf Monate vor der Geburt des Kindes.

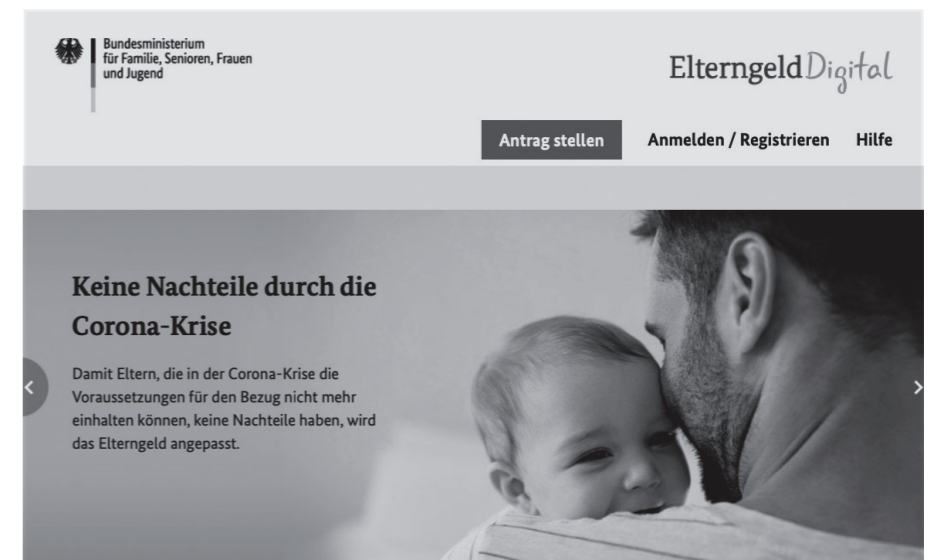
Topverdiener

Paare, die ein Jahreseinkommen von mehr als 300.000 Euro haben und deren Kinder nach dem 1. September 2021 geboren werden, erhalten künftig kein Elterngeld mehr. Bisher war das für Topverdiener erst bei 500.000 Euro der Fall. Für Alleinerziehende gilt im Übrigen weiterhin die Grenze von 250.000 Euro.

Mehr Informationen

Das Bundesfamilienministerium hat unter www.elterngeld-digital.de ein Portal eingerichtet, das Mütter und Väter bei dem Antrag auf Elterngeld Schritt für Schritt durch das Formular führt.

Dieser Text erscheint mit freundlicher Genehmigung von Maik Heitmann, Redaktionsbüro Buser



Chancen ergreifen – Zukunft bauen – Mensch sein

FOSBOS Neu-Ulm ist ein Gastgeber des VLB-Berufsbildungskongresses 2021



DR. MAIKE THOLEN

... so lässt sich das Motto der FOSBOS Neu-Ulm formulieren. Unter einem Dach vereinigen sich die Fachoberschule (FOS) und die Berufsoberschule (BOS) mit den vier Ausbildungsrichtungen Gesundheit, Sozialwesen, Technik und Wirtschaft. Auf dem mittleren Schulabschluss aufbauend führt die FOSBOS zum Fachabitur nach der Jahrgangsstufe 12 sowie zum Abitur nach der Jahrgangsstufe 13. Etwa 1 000 Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zu einem höheren Bildungsabschluss besuchen jährlich die Schule, darunter auch über 100 aus Baden-Württemberg – von der anderen Seite der Donau.

Seit der Gründung der Staatlichen FOSBOS Neu-Ulm 1970 erreichten bereits mehr als 20 000 Absolventen mit dem Abitur oder dem Fachabitur erfolgreich ihr Ziel. Nach Sanierung und Erweiterung verfügt die Schule im Landkreis Neu-Ulm seit 2014 über hervorragende räumliche und

technische Bedingungen. Lichtdurchflutete Räume und eine warme Atmosphäre laden zum Lernen ein. Mit dem Profil Inklusion, dem dauerhaft verankerten Projekt „Schule mit Courage“ und einer besonderen Schwerpunktsetzung auf nachhaltige und umfassende Berufs- und Studienorientierung im Rahmen des Berufswahlsiegels „Schule Wirtschaft Bayern“ arbeitet die FOSBOS Neu-Ulm täglich daran, junge Erwachsene auf die Welt von morgen vorzubereiten. Hier ist auch die gute Vernetzung der Schule mit den umgebenden Bildungseinrichtungen ein wichtiger Faktor, insbesondere die Kooperation mit der Hochschule Neu-Ulm, die mit dem Frühstudium erste Studiererfahrungen möglich macht.

MARITA

13. Klasse, Schülersprecherin BOS:

„Mir gefällt an der FOSBOS besonders, dass ich hier Leute um mich habe, die sich bewusst dafür entschieden haben, sich weiterzuentwickeln und die ein gemeinsames Ziel vor Augen haben.“

CANA

12. Klasse, Schülersprecherin FOS:

„Ich finde bemerkenswert, wie souverän die Schulfamilie der FOSBOS Neu-Ulm mit der aktuellen Ausnahmesituation umgeht und ihr Bestes dazu beibringt, dass ein möglichst normaler Schulalltag gewährleistet ist.“

Markenzeichen der FOS ist die halbjährige fachpraktische Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in der 11. Klasse, die sie an zwei unterschiedlichen Praktikumsstellen absolvieren. Die Schüler der BOS – viele kommen von der benachbarten Berufsschule Neu-Ulm (bsnu) – streben im Anschluss an ihre Berufsausbildung einen höheren Schulabschluss über die BOS an und bringen bereits berufliche Erfahrungen mit. Beide Schultypen, FOS und BOS, bauen Zukunft, stets nahe an Arbeitswelt und aktuellen Entwicklungen der Gesellschaft.

Landkreis Neu-Ulm als Bildungsregion der ersten Stunde

2013 zeichnet Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle den Landkreis Neu-Ulm als Bildungsregion aus, die erste seinerzeit in Bayern.

2020 erhält der Landkreis erneut eine Auszeichnung, diesmal als digitale Bildungsregion durch Kultusminister Professor Dr. Piazzolo.

Auf beide Auszeichnungen ist unser Landkreis mit Recht sehr stolz und wir sind es mit ihm. Wir sehen darin eine Bestätigung unserer gemeinsamen Bildungsanstrengungen und gleichzeitig sind diese Auszeichnungen ein beständiger Auftrag für Gegenwart und Zukunft. //

Jährlich starten 1000 junge Menschen ihre Ausbildung

Die Ausbildungssituation im Landkreis Neu-Ulm



KLAUS HLAWATSCH

Der Landkreis Neu-Ulm ist Teil eines prosperierenden Wirtschaftsraums am Zusammenfluss von Donau und Iller. Diese zwei Flüsse sind bekanntlich gleichzeitig die Landesgrenze von Bayern und Baden-Württemberg und die Menschen in der Region wählen wie selbstverständlich die für sich am besten passenden Bildungsangebote, über die Landesgrenze hinweg. Im Landkreises Neu-Ulm gibt es zwei selbständige Berufsschulen, im Süden die Berufsschule Illertissen (BS ILL) und im Norden die gastgebende Berufsschule Neu-Ulm (bsnu). Als Berufsschule haben wir beständig duale Ausbildungsbetriebe als Partner, die in diesem Wirtschaftsraum verankert sind, vielfach mit Niederlassungen auf beiden Flussseiten. Zahlreiche unserer Lehrkräfte sind als Prüfer doppelt für die Kammern tätig, auf Ulmer Seite und auf

der bayerischen. Auch aus einer solchen Besonderheit kann die Verflochtenheit der Wirtschafts- und Schulstruktur der beiden Bundesländer in der Region der Doppelstadt Ulm und Neu-Ulm abgeleitet werden. Und wenn demnächst das Großprojekt Stuttgart 21 abgeschlossen und die Bahntrasse gänzlich in Betrieb ist, dann liegt unsere Region weniger als eine Stunde von Stuttgart entfernt; und zum dortigen Flughafen ist es gerade mal eine gute halbe Stunde.

Die Gebäude der bsnu liegen auf einem parkähnlichen weitläufigen Grundstück, sind sehr gut ausgestattet, moderne Technik unterstützt den Unterricht, die Digitalisierung etabliert sich seit vielen Jahren, zahlreiche integrierte Fachunterrichtsräume sind realisiert und weitere in Planung.

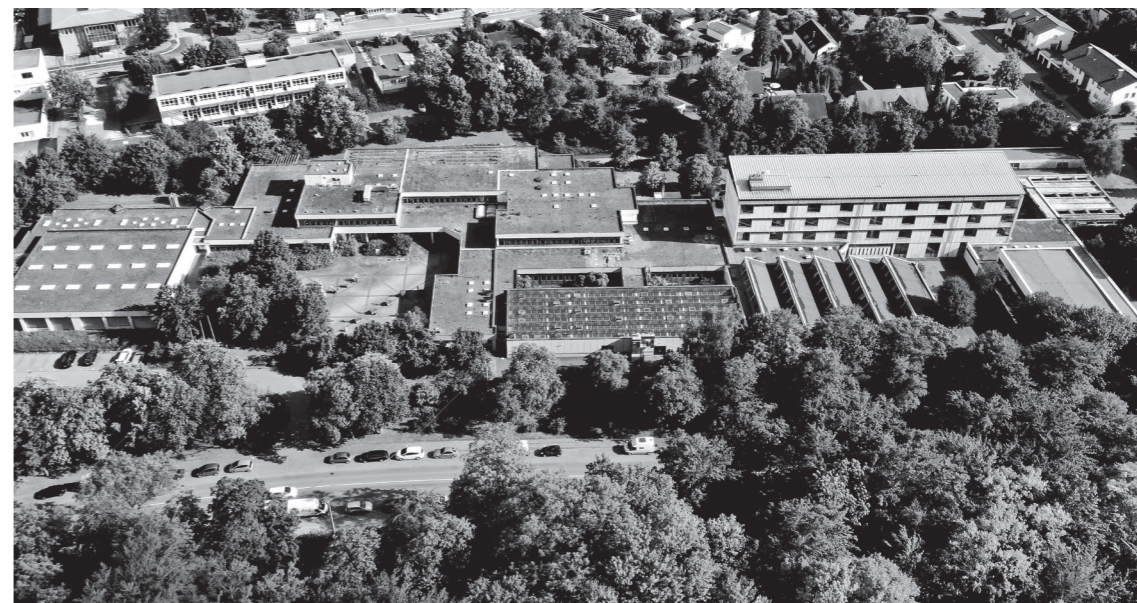
Unsere Schule kann sicherlich als bunt und vielseitig beschrieben werden, mit einer großen kulturellen Vielfalt. Seit 2015 führen wir Klassen für Geflüchtete und Asylbewerber an unserer Schule und wir verstehen diese Aufgabe als gesellschaftspolitische Verantwortung, auf dem Weg des Spracherwerbs, der Vorbereitung und Integration hin zu einem Beruf und damit hin zu einer gelingenden Integration. Etwas mehr als die Hälfte

unserer Auszubildenden erlernt kaufmännische Berufe. Alle weiteren Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf medizinische und gewerbliche Berufe und die BFSen für Kinderpflege und für Sozialpflege. Über einen erfolgreichen Modellversuch erwarben wir das „Schulprofil Inklusion“. Seit beinahe zwei Jahrzehnten ist die bsnu eine „Schule ohne Rassismus und mit Courage“. Jüngst zeigte uns eine hausinterne Befragung, dass unsere etwa 2000 Schülerinnen und Schülern insgesamt 67 verschiedene Muttersprachen beherrschen. Darin erkennen wir auch, dass sich in der bsnu die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet.

Zielgerichtet und beständig bereiten wir unsere Schülerinnen und Schüler auf die Berufswelt und die Verantwortung für unsere Gesellschaft vor. Und so sollen am Ende der verschiedenen Ausbildungen auch jährlich 1000 junge Menschen erfolgreich unsere Schulen verlassen und selbstbestimmt leben können, in unserem Wirtschaftsraum auf beiden Seiten der Flüsse Donau und Iller – und vielleicht besuchen so manche demnächst auch die FOSBOS Neu-Ulm. //



Die FOSBOS in Neu-Ulm wurde 2014 saniert und erweitert.



Das Gebäude der bsnu liegt auf einem grünen und parkähnlichen Gelände.

Stärkung der Führung beruflicher Schulen

Das neue Gutachten des Aktionsrats Bildung



PROF. DR.
KARL WILBERS

Der Aktionsrat Bildung ist ein politisch unabhängiges Expertengremium, das von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft initiiert wurde. Er verfolgt das Ziel, die Lage des Bildungssystems zu analysieren, zu bewerten und Handlungsempfehlungen zu formulieren, die sich vor allem an die Politik richten. Ein wichtiges Aktionsfeld des Aktionsrats Bildung sind die Jahresgutachten, die zu einem Brennpunktthema erstellt werden. Das Jahresgutachten 2021 beschäftigt sich mit der Verantwortung, also der Führung, Leitung und Governance im Bildungssystem. Als Vertreter der beruflichen Bildung im Aktionsrat Bildung werde ich das Gutachten in diesem Beitrag in Auszügen vorstellen, empfehle jedoch die Lektüre des Gutachtens, das kostenlos auf der Webseite des Aktionsrates heruntergeladen werden kann. Dort wird auch detailliert die Literatur ausgewiesen.

Führung von Bildungseinrichtungen

Der Aktionsrat Bildung versteht die Führung einer Bildungseinrichtung übergreifend über alle Bildungsphasen als Verbesserung der Bildungsqualität, die Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Organisationsentwicklung sowie die Verwaltung und Organisation. Gute Führung bedeutet bessere Bildungsergebnisse und ist damit ein zentraler Ansatzpunkt zur Hebung der Qualität von Bildungseinrichtungen in der Gesellschaft. Die Führung an beruflichen Schulen ist im Vergleich zu anderen Schularten grundsätzlich weit entwickelt. Dies ist vor allem eine Folge der relativen Größe und Heterogenität von beruflichen Schulen. Sie sind in mehrfacher Hinsicht heterogen und haben oft eine Größe, die mit mittelständischen Unternehmen oder kleineren Fachhoch-

schulen zu vergleichen ist – allerdings ohne dass sich dies in den Führungsmöglichkeiten widerspiegelt.

Empfehlungen zur Stärkung der Führung beruflicher Schulen

Berufliche Schulen sind große, komplexe Gebilde, die auf eine enge Zusammenarbeit in der Region angewiesen sind. Dies führt zu vielfältigen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Gutachten eine Reihe von Maßnahmen.

Rekrutierung und Professionalisierung weiterentwickeln

Die Karrierewege zur Schulleitung, unter anderem unter Berücksichtigung von Positionen in der Bereichsleitung und in der Ausbildung von Lehrkräften, müssen stärker strukturiert werden. Dabei sollten auch Modelle des Talentmanagements verankert werden, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene. Modelle des Führens in Teilzeit sind zu entwickeln und erproben. Qualifizierungsmaßnahmen müssen die sich im Rahmen solcher Modelle ergebenden Herausforderungen, wie z. B. die Gefahr einer Verantwortungsdiffusion, gezielt adressieren. Die Länder müssen sowohl vorbereitend als auch begleitend umfassende, verpflichtende Fortbildungsangebote bereitstellen. Vor dem Hintergrund erweiterter Gestaltungsspielräume sollten Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere auch Aspekte der „Führung durch Menschen“ berücksichtigen. So trägt z. B. die Steigerung der Selbstwirksamkeit von Führungskräften nachweislich zu einer höheren Effizienz der Führung bei. Die begleitende Professionalisierung, etwa in Form von Coaching und Fortbildung, ist auszubauen und die Wirksamkeit zu prüfen. Empirische Analysen zur gegenwärtigen Praxis und zur Wirksamkeit der Auswahl und Qualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern in der beruflichen Bildung müssen ausgeweitet werden.

Transformationale Digitalkompetenz ausbauen

Notwendig ist eine Weiterentwicklung der transformationalen Kompetenz der Schulleitung im Sinne einer digitalen Führung („digital leadership“). Zu diesem Zweck sind insbesondere die digi-

talen Kompetenzen der Führungskraft sowie Kompetenzen im Bereich Netzwerkarbeit zu fördern, da Modelle für hybrides Lernen in Zusammenarbeit mit Betrieben, Hochschulen, Kammern und Verbänden entwickelt werden müssen. Zur Beseitigung von Hardware-Defiziten und zur Klärung datenschutzrechtlicher Fragen muss die Führungskraft über grundlegendes fachliches Wissen verfügen, um effektiv mit den jeweiligen Ansprechpartnern kommunizieren zu können. Darüber hinaus sollten Führungskräfte in Fortbildungen lernen, die Weiterentwicklung ihrer Schule im Sinne einer digitalen Transformation im Rahmen etablierter Qualitätsmanagementsysteme voranzutreiben.

Anreize für Führungstätigkeiten vergrößern

Das Gutachten zeigt auf der Grundlage empirischer Studien auf, dass Leitungspositionen vor allem aus intrinsischen Gründen übernommen werden, also um Schule zu gestalten. Zur Erhöhung der intrinsischen Anreize zur Übernahme von Führungsverantwortung in beruflichen Schulen sind die Gestaltungsfreiheiten für Schulleitungen (z. B. hinsichtlich Personalauswahl, Honorierung besonderer Leistungen, Mittelverausgabung) zu erhöhen. Außerdem sollte durch die Ausweitung positions- und leistungsabhängiger Zulagen sichergestellt werden, dass ein substanzieller Gehaltsunterschied zu Lehrkräften ohne Führungsverantwortung sowie zwischen den Führungskräften unterschiedlicher Ebenen gegeben ist. Die Zulagen sollten außerdem unter Berücksichtigung der im Gutachten genannten Kriterien noch stärker an konkrete Herausforderungen der jeweiligen Schule und den Leistungen der Führungskräfte ausgerichtet werden.

Führungsinstrumente revidieren

Führungsinstrumente, die auf agile Führungsvorstellungen und Modelle der Selbstführung zurückgehen, einschließlich der Arbeit mit agilen Planungstechniken und Konfliktmanagement, sollten an beruflichen Schulen erprobt werden. Alternative Zielvereinbarungsmodelle und Alternativen zu klassischen Mitarbeitergesprächen, z. B. mit Hilfe der

Vereinbarung von „Objectives and Key Results“ (OKR), sollten für die Belange beruflicher Schulen entwickelt und erprobt werden. In beruflichen Schulen sollte eine Kultur etabliert werden, die es erlaubt, vorhandene Freiräume zu nutzen und in Kooperation mit übergeordneten Instanzen zu gestalten. Die Verbindung von „Führung durch Menschen“ und „Führung durch Strukturen“ auf der Schulebene sollte gestärkt werden.

Führungskapazität erhöhen

Die Führungskapazität muss erhöht werden. Dazu sollten Möglichkeiten und Modelle als Aufgabe der Träger und des Bundeslandes entwickelt und evaluiert werden. Unter Berücksichtigung der Größe beruflicher Schulen sollte zum einen die Leitungszeit ausgeweitet werden. Zum anderen sollte die Schulleitung bei nicht pädagogischen Aufgaben durch aus Landesmitteln finanzierte Schulleiterinnen und -referenten unterstützt werden. Zusätzliche Entlastung kann durch verstärkte Übernahme administrativer und organisatorischer Aufgaben durch den Sachaufwandsträger sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit diesem erreicht werden. Weitere Effizienzgewinne bietet die verstärkte Nutzung der digitalen Möglichkeiten im Bereich Schulführung.

Bereichsleitungen implementieren

Forschung und Praxis sollten die Fixierung auf die Person der Schulleiterin beziehungsweise des Schulleiters abschwächen und vergleichende Analysen von Schulleitungsteams und erweiterten Schulleitungen in den einzelnen Bundesländern vertiefen. Die Bereichsleitungen als Führungspersonal an beruflichen Schulen sollten in Wissenschaft und Praxis anerkannt und konzeptionell weiterentwickelt werden, und zwar unter Berücksichtigung von Implementationsstrategien, die Ängsten und Vorbehalten von Lehrkräften gerecht werden. Die Forschung zur Führung auf der Bereichsebene, insbesondere zu Führungs- und Verantwortungsprofilen, Aufgabenprofilen, Selbstverständnis und Professionalisierung, unter Nutzung der Forschungsbefunde zur distributiven Führung, muss intensiviert werden. Die Personalmanagementstrukturen für

9 Punkte zur Stärkung der Führung an beruflichen Schulen

AKTIONSRAT BILDUNG



Rekrutierung & Professionalisierung weiterentwickeln



Transformationale Digitalkompetenz ausbauen



Anreize für Führungstätigkeiten vergrößern



Führungsinstrumente revidieren



Führungskapazität erhöhen



Bereichsleitungen implementieren



Personalmanagement professionalisieren



Qualitätsmanagement stärken



Forschung & Entwicklung intensivieren

Die 9 Punkte zur Stärkung der Führung an beruflichen Schulen im Überblick.

Führungskräfte auf der Bereichsebene (Personalgewinnung, Personaleinsatz, Personalbeurteilung und -honorierung, Personalentwicklung und -freisetzung) müssen stärker strukturiert werden. Auch bei den Bereichsleitungen ist die Verbindung von „Führung durch Menschen“ und „Führung durch Strukturen“ auf der Schulebene, insbesondere durch die Positionierung der Bereichsleitungen in schulischen Qualitätsmanagementsystemen, zu stärken.

Personalmanagement professionalisieren

Die Personalautonomie von Schulen sollte ausgebaut werden. Zu der Frage, welche Handlungsspielräume auf Schulebene tatsächlich vorhanden sind, sollte verstärkt empirisch geforscht werden. Verfahren der Personalauswahl, die den beruflichen Schulen einen hohen Gestaltungsspielraum vor Ort geben, sind auszubauen. Alternative Personalgewinnungsverfahren des externen Recruitings, z. B. employer branding und Social-Media-Nutzung, sollten implementiert werden. Für berufliche Schulen sollte eine zielführende Arbeitgebermarke entwickelt werden. Standards für das Onboard-

ing von Lehrkräften sollten entwickelt und erprobt werden. Es sollten verstärkt Alternativen in den Bereichen Arbeitszeitmodelle (Teilzeitmodelle, Nutzung der digitalen Möglichkeiten, z. B. Einsatz von Blended Learning) sowie Honorierung und Fortbildung (z. B. Nutzung von Netzwerken) erprobt werden. Die Wirksamkeit dienstlicher Beurteilungen sollte empirisch überprüft werden.

Qualitätsmanagement stärken

Auch auf Steuerungsebenen oberhalb der Schulen sollte ein systematisches Qualitätsmanagement verankert werden. Die „Führung durch Menschen“ sollte im Qualitätsmanagement verstärkt integriert werden, insbesondere sollte das Qualitätsmanagement bei der Ausgestaltung von Schulleitungsteams, erweiterter Schulleitung und Bereichsleitung beachtet werden. Die Bereichsebene und die Führungsstrukturen sollten flächendeckend Gegenstand externer Schulleitungsevaluation sein. Qualitätsmanagementsysteme sollten die Qualitätskultur und die digitale Transformation verstärkt berücksichtigen, die Ressourcen sichern und den Spezifika von Schulart und Bildungsbereich im Qualitätsmanagementsystem gerecht werden.

Forschung und Entwicklung intensivieren

Die Berufsbildung sollte in lehramtsübergreifend angelegten bildungswissenschaftlichen Studien zur Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulleitungen konsequent berücksichtigt werden. Die Forschung zur Aus- und Weiterbildung sowie zum Arbeitsalltag von Bildungspersonal jenseits der Lehrkräfte im höheren Dienst – insbesondere zu Fachlehrerinnen und Fachlehrern, Quer- und Seiteneinstieg, aber auch zu alternativen Qualifizierungswegen – ist zu intensivieren. Hinsichtlich der Etablierung von Ausbildungsstandards als Vorbereitung für eine Tätigkeit in der Schulsozialarbeit und deren Verankerung in sozialpädagogischen Studiengängen sind Möglichkeitsstudien vorzunehmen. Digitalkompetenzen sollten in der Aus- und Weiterbildung gestärkt werden. Bei der Arbeit an diesen neun Punkten zur Stärkung der Führung beruflicher Schulen sollten in Zusammenarbeit mit den relevanten Anspruchsgruppen Prioritäten gesetzt, Piloten aufgelegt und evaluiert werden.

Ihre Konzepte? Ihre Erfahrungen? Lassen Sie uns teilhaben!

Im Alltag erscheint die Führung beruflicher Schulen nicht selten als ein ideenreicher Kampf gegen widrige Bedingungen. An beruflichen Schulen werden Führungsprobleme nach meiner Erfahrung praxisnah, entsprechend bunt, kreativ, pragmatisch und oft unter dem Radar gelöst. Oft sind jedoch die gefundenen Lösungen nicht mal in der Nachbarschule bekannt. Um diesen Erfahrungsschatz nutzen zu können, hat das führende Online-Fachjournal in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik „bwp@ – Berufs- und Wirtschaftspädagogik online“ eine Aufforderung zur Abgabe von Beitragsangeboten (Call for Paper) veröffentlicht. Mehr Information finden Sie unter <https://www.bwpat.de/call-for-papers/cfp-aktuell>. Sie können sich mit einem Praxisbeitrag beteiligen und leisten so einen Anteil an der Fortentwicklung der Führung beruflicher Schulen – und damit letztlich einen Beitrag zur Qualität von Schulen. Sowohl für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler, Wirtschaft und Gesellschaft. //

Literatur: Anders, Y.; Daniel H.-D.; Hannover, B.; Köler, O.; Lenzen, D.; McElvany, N.; Seidel, T.; Tippelt, R.; Wilbers, K. & Wößmann, L. (Hrsg. v. vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) (2021): Führung, Leitung, Governance: Verantwortung im Bildungssystem. Gutachten. Münster: Waxmann. Kostenloser Download unter www.aktionsrat-bildung.de

Schul- und Beamtenrecht



Schul- und Beamtenrecht Bayern für die Lehramtsausbildung und Schulpraxis

VLB-Sonderausgabe, 187 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 4-farbig, 17 x 24 cm, broschiert ISBN 978-3-8085-7779-0, Europa-Nr. 77790

Dieses Buch bietet eine zuverlässige Grundlage zum Schulrecht, Beamten- und Tarifrecht für:

- Referendarinnen und Referendare
- Lehramtsanwärter/-innen
- Lehrer/-innen an beruflichen und allgemeinbildenden Schulen
- Schulleiter/-innen

Zugleich ermöglicht es angehenden Lehrkräften und erfahrenen Praktikern eine rasche Information über alle Rechtsfragen des Schulalltags.

Es stellt die Rechtsmaterie, die Lehrerinnen und Lehrern oftmals komplex erscheint, mit einführenden Fällen, Beispielen und Übersichten leicht verständlich dar. Besonderer Wert wurde dabei auf die praxisnahe Darstellung gelegt.

Bestellung per Fax: 089 5504443

Anzahl

Schul- und Beamtenrecht Bayern (VLB-Sonderausgabe) 15,00 € (Ladenpreis 25,30 €) zuzüglich Versandkosten.

Name, Vorname Amtsbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Medienkompetenz vermitteln ist wichtiger denn je

Fortbildung am Buß- und Bettag mit Staatsministerin Dorothee Bär



Den unterrichtsfreien Buß- und Bettag als „pädagogischen Tag“ zu nutzen, ist wohl in jedem Kollegium mit einer ganz eigenen Tradition verbunden. Ebenso gibt es seit vielen Jahren aber ein externes Angebot:

Lehrermedientag der bayerischen Zeitungen

Es handelt sich um landesweite Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte, die von den regionalen Medienhäusern angeboten werden. Dabei gibt es Vorträge, Workshops, Diskussionen und Erfahrungsaustausch rund um das Thema Medienbildung.

Auch 2020 wurde der Lehrermedientag angeboten, jedoch nicht als Präsenzveranstaltung in der nächstgelegenen

Großstadt, sondern online. Je Regierungsbezirk gab es dazu unterschiedliche Schwerpunkte und Referenten.

Dorothee Bär beantwortet Lehrerfragen

Die unterfränkische Mediengruppe Main-Post konnte die Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär, für eine kurze Diskussionsrunde gewinnen. Dabei beantwortete sie einige Fragen der Kolleginnen und Kollegen. Bär machte sich stark dafür, dass man an jeder einzelnen Schule einen Fachinformatiker für die Systemadministration bräuchte, und verwies auf die dafür vorgesehenen Mittel im Digitalpakt Schule. Obwohl bereits 95 % aller Schulen in Deutschland ans Glasfasernetz angeschlossen seien, gäbe es natürlich noch Lücken – insbesondere bei Wohnorten der Schüler, in denen ein Breitbandausbau für die Anbieter unwirtschaftlich sei. Hier setze die Politik an, wobei natürlich auch ein starkes Netz in einem Haushalt mit mehreren Kindern in Distanzunterricht und Eltern im Home-Office an Grenzen komme. Im Einzelnen können Sie die Fragen der Lehrer/-innen und Antworten der Ministerin nachlesen unter: www.ogy.de/lehrermedientag2020



Staatsministerin Dorothee Bär diskutierte mit den Lehrkräften und lobte sie. Bild: Bundesregierung

„Lehrerinnen und Lehrer sind die Helden der Coronakrise.“

Dorothee Bär war es auch ein Anliegen, den Lehrerinnen und Lehrern Wertschätzung für die Leistungen der vergangenen Monate entgegenzubringen. Wir hätten „außergewöhnliches Engagement“ bewiesen und keinen „Dienst nach Vorschrift“ gemacht.



Waren früher die Leser Konsumenten der Massenmedien ...

Bild: William James, City of Toronto Archives



... kann heute jeder auch Inhalte produzieren.

Bild: Jens Johnson, Unsplash

Die Medienkompetenz der Lehrkräfte sei gewachsen, aber auch die der Schülerinnen und Schüler müsse von der Grundschule an gefördert werden.

Schülerinnen und Schüler sollen sich in der Medienwelt zurechtfinden ...

Das sei laut Peter Krones das gemeinsame Ziel der Lehrkräfte und der Medien. Krones verantwortet seit vielen Jahren das Schulprojekt „Klasse!“ der Main-Post. (Dies wird im nachfolgenden Artikel ausführlich beschrieben, Anm. d. Red.) Wie auch bei anderen Medienhäusern werden dabei Klassensätze der Printausgabe geliefert und Online-Zugänge eingerichtet. Aber auch nicht angemeldete Lehrkräfte können die digitalen Lehrmaterial-Angebote zur Medienkunde aktiv nutzen. Unter www.mainpost.de/klasse können Lehrkräfte und Ihre Schülerinnen und Schüler kostenfrei und ohne Zugangsbeschränkungen praktische Medienkunde erfahren. So gibt es auch Videos und Lehrmaterial zu den Aufgaben der Medien, zur Glaubwürdigkeit, zum Arbeitsalltag eines Journalisten.

„Be first, but first be right!“

Das Motto des Nachrichtensenders CNN sei letztlich der Grundsatz vieler Medien, so Krones. Denn während die klassischen Medien recherchieren, den Opferschutz berücksichtigen und generell den Pressekodex einhalten, gibt es mittlerweile viele konkurrierende Informationsquellen, bei denen das nicht so ist. Generell beschrieb Krones den Wandel von Konsumenten zum Prosumenten. D. h. es gibt nicht nur ein vermeintlich neues, schnelles Medium, sondern einen anderen Umgang mit Informationen und Nachrichten. (vgl. Fotos auf S. 15)

Dazu gehören, gerade auch in Zeiten der Coronapandemie, bewusste Desinformationen. Anhand verschiedener Hilfen sollten die Schülerinnen und Schüler lernen, Fake News zu identifizieren. Hier zeigte Krones Beispiele aus dem Projekt „Klasse“ und warb dafür, dass die Lehrkräfte nicht nur auf ein spezielles Medium aufmerksam machen sollen, sondern auf seriöse Informationsquellen im Allgemeinen. Der Weg der Information über ein Printprodukt oder eine Onlineausgabe sei letztlich nicht entscheidend.

Chance für die Schulen

„Unsere Zeitungsverlage [können] ihre Erfahrungen bei der digitalen Transformation auch in den schulischen Bereich einbringen“, bot Markus Rick, Hauptgeschäftsführer des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger, schon anlässlich des Lehrermedientages 2018 an. In den letzten zwölf Monaten haben wir Lehrerinnen und Lehrer die Wichtigkeit deutlich vor Augen geführt bekommen. Vielleicht ist es daher überlegenswert, die Zeitungsprojekte und den Lehrermedientag an mehreren Schulen zu nutzen. Auch für 2021 ist er wieder am Buß- und Betttag in den verschiedenen Regierungsbezirken geplant. Eventuell lässt sich das Angebot der Verlage mit dem Programm des „pädagogischen Tages“ vereinen oder kann diesen ersetzen. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, darüber nachzudenken. Die Veranstaltung wird von den Schulbehörden als Lehrerfortbildung anerkannt. Angesprochen sind Lehrkräfte aller Schularten und aller Jahrgangsstufen.

Weitere Informationen: www.lehrermedientag.de //

Be first, but first be right

Interview mit Peter Krones, Projektleiter des „Klasse!“-Projektes der Würzburger Main-Post



Sie gelten als der Vater des „Klasse!“-Projektes. Was waren damals die ursprünglichen Antriebsgründe und wo sehen Sie heute das Projekt?

Peter Krones: Es ist richtig, dass ich bei der Mediengruppe Main-Post das „Klasse!“-Projekt entwickelt und eingeführt habe, das war im Jahr 1995. Allerdings ist die Partnerschaft von Zeitungen und Schulen schon wesentlich älter, genauer gesagt begann das in den USA bereits in den 1930er Jahren, damals allerdings als Hilfe zur Alphabetisierung im strukturschwachen Süden der Staaten. In Deutschland begannen die Schulprojekte in den späten 1980er Jahren und sie hatten stets das Ziel, junge Leute über den Unterricht in den Schulen an die sinnvolle Nutzung von Medien heranzuführen. Das Besondere an „Klasse!“ war und ist, dass wir es flächendeckend, für alle Schularten und für alle

nen und Schüler von Hasskommentaren und Cybermobbing betroffen sind?“, so teaserte der Bayerische Rundfunk unter anderem den Medienkompetenztag im April 2021 an.

Antworten auf diese Fragen liefert u.a. auch das „Klasse!“-Projekt der Würzburger Main-Post. Es ist ein multimediales medienpädagogisches Projekt, das den Medienkunde-Unterricht in Schulen unterstützt. Das Projekt soll Lehrkräften und Schülern dabei helfen, Medien zu bewerten, sie zu vergleichen und deren Stärken und Schwächen zu erkennen. Anlässlich des unterfränkischen Lehrermedientages 2020 (siehe vorheriger Artikel, Anm. d. Red.) hatte ich Gelegenheit mit dem Mann hinter dem Projekt, Peter Krones, ein kurzes Gespräch zu führen, um auf die medienpädagogischen Angebote der regionalen Tageszeitungen in Bayern aufmerksam zu machen.



MARTIN RUF

„Ist unsere Demokratie in Gefahr – oder bieten die neuen Medien auch neue Möglichkeiten der Partizipation? Ab welchem Alter kann man Informations- und Meinungsbildung in der Schule bewusst machen und fördern? Wie wachsen Kinder und Jugendliche auf, wenn das soziale Leben immer mehr im Netz stattfindet? Auf welche Regeln und Werte muss man sich verständigen? Was kann ich als Lehrkraft konkret tun, wenn Schülerin-



Peter Krones, studierter Grund- und Hauptschullehrer, von 1984 bis 2020 Redakteur und seit 1995 in der Chefredaktion der Main-Post. Nun betreut er weiterhin verantwortlich das „Klasse!“-Projekt.



Die Lehrermedientage fanden vor der Corona-Pandemie als Präsenzveranstaltungen statt. Experten, wie hier der Würzburger Rechtsanwalt Chan-Jo Jun, informierten dabei die Lehrkräfte über aktuelle Entwicklungen in der Medienwelt. Bild links: Daniel Peter Bild rechts: Silvia Gralla

Jahrgangsstufen angeboten haben. Und im Zentrum stand stets, dass es für Lehrerinnen und Lehrer sinnvoll und praxisnah sein muss.

Welche Rolle spielen die „klassischen Printmedien“ wie z. B. die Tageszeitung in einer sich rasend veränderten digitalen Welt aber auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie? Ist die Generation Z überhaupt noch für seriös recherchierten Journalismus zu erreichen?

Peter Krones: Natürlich wissen wir Medienschaffende, dass die gedruckte Tageszeitung nicht mehr das Medium ist, das für die junge Generation relevant ist. Das ändert aber nichts an der Relevanz der darin enthaltenen journalistischen Inhalte. Genau aus diesem Grund lautet das Ziel aller Medienprojekte für Schulen: vermitteln von Medienkompetenz. Das ist gattungsübergreifend und wird von allen seriösen Medien so gesehen. Ob regionale Tageszeitung, Wochenzeitung oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Alle haben Medienprojekte für Schulen im Angebot. Die Tageszeitung vor Ort hat dabei natürlich einen Heimvorteil, kennt sie doch ihre Region am besten, und die Schülerinnen und Schüler kennen zumindest die Marke, wenn auch meistens nicht die Gesamtheit der Medienangebote. Dabei haben alle lokalen Zeitungen längst auch digitale Angebote und Social-Media-Kanäle. Den Umgang damit zu vermitteln ist Aufgabe unserer Projekte.

Machen Sie uns Lehrkräften an beruflichen Schulen doch das „Klasse!“-Projekt schmackhaft.

Peter Krones: „Klasse!“ hat den Vorteil, dass die Lehrkräfte kein starres Pro-

jekt durchführen müssen, sondern freie Hand haben. Zeitpunkt, Dauer, Umfang – dies alles bestimmen die Lehrerinnen und Lehrer selbst. Wir unterstützen das mit praxisnahem Lehrmaterial, das ohne komplizierte Anmeldung und ohne jegliche Registrierung im Unterricht verwendet werden kann. Mit dabei sind zeitgemäße schülergerechte Module wie etwas Videos, E-Learning-Formate oder Quizze, die auf jedem digitalen Endgerät funktionieren. Das heißt: Lassen Sie die Schülerinnen und Schüler die Hausaufgaben in Medienkunde doch einfach mal auf deren Handys machen. Das ist technisch völlig unaufwändig, kostenfrei ist es ohnehin. Und wenn Sie in Ihrem Unterricht Medien der Main-Post einsetzen wollen: Wir freuen uns auf Sie und Ihre Klassen!

Aus dem Projekt heraus ist auch der Lehrermedientag heraus entstanden. Wie schätzen Sie die Bedeutung eines solchen Tages ein?

Peter Krones: Wir, also die Tageszeitungs-Branche in Bayern, haben zwei wichtige Aktionen parat: Den Lehrermedientag der Landeszentrale für politische Bildung im Frühjahr und den von uns ins Leben gerufenen Lehrermedientag am Buß- und Betttag im Herbst. Beide Angebote dienen der Vermittlung von Medienkompetenz. Beim Lehrermedientag wollen wir den Lehrerinnen und Lehrern Informationen aus erster Hand, also etwa von Medienschaffenden, Wissenschaftlern oder Politikern nahebringen. Und selbstverständlich soll der Lehrermedientag auch eine Diskussionsplattform sein. Ob als Präsenzveranstaltung oder als Video-Konferenz, die Idee bleibt dieselbe: Sie als Lehrkräfte sind Experten für Unterricht und Wissensvermitt-

lung, wir als Medienexperten unterstützen Sie mit aktuellen Informationen aus der Medienwelt.

Lieber Herr Krones, haben Sie vielen Dank für das Gespräch. Ich denke, dass wir Lehrkräfte auf das Angebot des „Klasse!“-Projektes zurückgreifen sollten. //

Zum Projekt

Das „Klasse!“-Projekt der Mediengruppe Main-Post ist ein Medienprojekt für alle Schularten und alle Jahrgangsstufen. Alle regionalen Tageszeitungen in Bayern bieten ähnliche Projekte an, die Namen der Projekte sind unterschiedlich („Freistunde“, „Zeitung in der Schule“ o.ä.). Die Projekte sind im Aufbau ähnlich und haben als Grundbausteine Lehrmaterial für Lehrer/-innen und Schüler/-innen und die Bereitstellung aktueller Medien. Durch die weitgehende Freiheit der Lehrkräfte bei der Wahl von Zeitpunkt und Intensität hat die Mediengruppe Main-Post mit „Klasse!“ außergewöhnlich hohe Teilnehmerzahlen. Das „Klasse!“-Konzept der Main-Post wurde von über 35 Zeitungen im Bundesgebiet übernommen. Die rein digitale Form gibt es seit dem Schuljahr 2019/2020. Im Schnitt nehmen bei der Mediengruppe Main-Post pro Schuljahr rund 1000 Schulklassen teil, rund 200 davon aus dem Bereich der beruflichen Schulen. www.mainpost.de/klasse

Wie der Corona-Lockdown mein Leben veränderte

Auszubildende berichten über ihr Leben in Zeiten der Pandemie



LISA RUF

„Mama, wann geht das Corona eigentlich wieder weg?“, fragte mich meine 7-jährige Tochter abends beim Zähneputzen. Arglos antwortete ich: „Schatz, das wird gar nicht mehr weggehen.“ Da brach sie verzweifelt in Tränen aus. Dieser Moment, in dem ich unbedacht eine Wahrheit aussprach, zerbrach bei meiner Tochter eine kleine Welt. Sie und wahrscheinlich viele andere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind verzweifelt und haben Angst. Sie merken, dass auch die Erwachsenen nicht zuverlässig wissen, was zu tun ist, denn sie sind unsicher und bieten nicht die gewohnte Orientierung und Sicherheit. Das ist besonders für Kinder welterschütternd schlimm. Sie müssen seit einem Jahr mit den Einschränkungen umgehen, die ihnen gegen ihr natürliches Verhalten aufgezwungen werden. Sie können z. B. die Großeltern nicht besuchen, weil sie sie anstecken könnten. Immer wieder müssen sie damit umgehen, dass die Krankheit eine tödliche Gefahr darstellt. Das hören sie nämlich tagtäglich in den Medien.

Wir müssen darüber reden

Diese Situation hat mich intensiv beschäftigt und ich habe lange darüber nachgedacht, wie es wohl den Kindern, Jugendlichen und auch jungen Erwachsenen geht, die seit einem Jahr zuhause sind und schauen müssen, wie sie ihr Leben nun organisieren sollen. Nach ihrer Meinung haben das Virus und auch die politisch Verantwortlichen nicht gefragt. Gerade in einem Alter, in dem die Entwicklung und Vertretung einer eigenen Meinung und Übernahme von immer mehr Verantwortung erlernt werden soll, ist dies besonders fatal.

Als Deutsch- und Sozialkundelehrerin beschäftigen mich tagtäglich die Sorgen und Nöte meiner Auszubildenden wäh-

rend der Pandemie. Im PUG-Unterricht fordern sie deshalb immer wieder ein, darüber zu diskutieren, Ansichten auszutauschen und zu hinterfragen. Da ich in einer 10. Klasse neben PUG auch noch Deutsch unterrichte und dort gerade das Thema Bericht durchgenommen hatte, ließ ich als Schreibübung einen persönlichen Bericht zu dem Thema anfertigen: Wie der Corona-Lockdown mein Leben veränderte. Diese sehr ehrlichen und wahnsinnig berührenden Berichte haben mich dazu veranlasst, diese Übung auch in anderen Klassen durchzuführen. Die Mehrheit der Schüler/-innen nahmen die Möglichkeit, ihre Erlebnisse und Sichtweisen zu berichten, dankbar an. Es kamen noch mehr differenzierte, durchdachte Berichte bei mir an.

Ich finde es bemerkenswert, wie die Auszubildenden mit dieser schwierigen Situation umgegangen sind! Mir wurde bewusst, wie wichtig es ist, dass die jungen Erwachsenen mit ihren Nöten und Herausforderungen gehört werden.

Auf die jungen Erwachsenen besser hören

Nachdem ich die vielen Berichte gelesen habe, habe ich mich in Absprache mit meinen Schüler/-Innen und meinem Schulleiter entschieden, eine Auswahl der Berichte zu veröffentlichen. Sie sind stellvertretende Stimmen für eine Generation von jungen Erwachsenen, die gerade in ihrer Ausbildung stecken, ihr Jungsein und alle damit verbundenen Auf- und Abs verarbeiten und dabei gleichzeitig mit einer Pandemie zurechtkommen müssen, in der sie einen eigenen Lebensweg finden müssen. //

Warten auf den nächsten Sommer

Vor ziemlich genau einem Jahr, oder gefühlt 2 Monaten hat das Virus, von welchem man anscheinend anfangs dachte, es würde sich nicht über Ländergrenzen bewegen, auch unser Leben hier in Deutschland drastisch verändert. Während Anfang Februar die italienische Bevölkerung schon ihre Häuser nicht mehr verlassen durften, freute ich mich hier noch über einen entspannten Skiurlaub in Tirol mit direktem Übergang in die Faschingswoche. Danach erstmal 2 Wochen mit Fieber und trockenem Husten im Bett gelegen, komisch. Trotz steigender Zahlen blieben alle ruhig und es wurde noch lachhaft über das „Fledermausvirus“ geshcherzt. Selbst mein Hausarzt fragte nur sarkastisch, ob ich denn die letzte Woche zufällig in China gewesen wäre. Ende März war es dann so weit, die Obergrenze von 100 Personen auf privaten Veranstaltungen wurde abrupt gesenkt und der Lockdown setzte ein. Natürlich wurde das letzte Wochenende vor dem Lockdown noch in vollem Zuge ausgenutzt. Naja, und dann gings los mit der großen Langeweile.

Lockdown 1. Da ich auf dem Land wohne, wurde die Ausgangsperre natürlich gekonnt ignoriert, aber man hatte den Ernst der Lage so langsam begriffen und hielt sich, bis auf ein paar Ausnahmen, immer an die Kontaktbeschränkungen. Maskenpflicht trat ein, auch wenn diese unverständlicherweise erst im 2. Lockdown flächendeckend eingeführt wurde. Ich meine auf der Arbeit hat man die Pandemie eigentlich kaum mitbekommen bis zum zweiten Lockdown. Damit war ich aber auch irgendwie ganz zufrieden. In meiner Freizeit gehe ich seitdem verstärkt der Fotografie und dem Mountainbiken nach. War ja auch irgendwie das Einzige, was man alleine noch so machen konnte. Dann war der erste Lockdown ja schon ziemlich schnell vorbei, nach knappen 2 Monaten war wieder ein Zusammentreffen von 10 Leuten erlaubt und damit gab man sich eigentlich dann auch schon wieder zufrieden. Man konnte im Sommer wieder in den Urlaub gehen und sogar wieder unter freiem Himmel mit 100 Leuten feiern. Was man irgendwie gar nicht so ausnutzte, wie man sich das während des Lockdowns vorgenommen hatte. Man gab sich plötzlich mit viel weniger zufrieden, gemütlich an der Feuertonne sitzen oder ein Spielabend waren am Wochenende

so zufriedenstellend, dass das Verlangen auf einen Club-Besuch oder Konzerte und Festivals komplett ausblieb. Alles in allem war das Jahr bis dahin auch nur so medium schlimm, Fasching, Skifahren und nach 2 Monaten Lockdown wieder zum Wandern und ins Schwimmbad können. Außerdem hat das naive Denken, wie man es vor dem ersten Lockdown hatte, wieder eingesetzt. „Eine zweite Welle wird schon nicht so schlimm sein und das kriegen wir schon schnell rum“. Ja, ein Scheiß! Nach jetzt schon über 4 Monaten nagt Lockdown Nr. 2 einem schon stark an den Nerven. Ich habe manche Leute, mit denen ich damals fast täglich oder wöchentlich Kontakt hatte, schon seit einem Jahr nichtmehr gesehen und nichts von ihnen gehört. Klar könnte man einfach mal schreiben oder anrufen, aber nach 4 Monaten ausgeprägter Langeweile habe ich einfach keine Lust mehr aufs Handy zu glotzen. Die Ausgangs- und Kontaktbeschränkung sind einem mittlerweile egal, die leeren Versprechen der Politiker gehen einem auf die Nerven und es wird einfach alles auf den Impfstoff gesetzt, was auch nur schleppend voran geht. Die Kultur- und Unterhaltungsbranche, sowie Gastronomie und Einzelhandel und noch viele mehr werden im Stich gelassen und dürfen trotz Hygienekonzepte nicht öffnen. Außerdem entwickelt man beim Treffen mit mehr als 2 Haushalten schon selbst Existenzängste aufgrund der absurd hohen Strafen. Alles in allem geht's mir dann aber doch ziemlich gut und ich bin ganz froh noch daheim auf dem Land zu wohnen. In einer Wohnung in der Stadt würde ich vermutlich eingehen und zum Alkoholiker werden, Außerdem ist es ja bald wieder Sommer und der nächste Lockdown dann auch endlich überstanden. Vom deutschen Krisenmanagement bin ich absolut enttäuscht und hoffe nur, dass vor allem die Kultur und die Gastronomie überleben, und unterstützt beide auch da, wo ich kann.

(Philipp, 12. Klasse)

Auf einmal war alles anders!

Erst fing es mit einer Meldung zu einem Virus in China an, dann war es in Deutschland und alles veränderte sich. Am Anfang hat noch keiner so wirklich an das Covid-19 Virus geglaubt, geschweige denn, dass wir einmal mit so vielen Einschränkungen leben. Als der erste Lockdown war, dachte ich mir noch „richtig gut – keine Schule“, aber das hat sich schnell

geändert. Keine Freunde, Familie mehr treffen und den Hobbys auch nicht mehr nachgehen können, war schon nichts mehr, auf was man sich freuen konnte. Aber ich konnte noch Schuhe im Geschäft kaufen gehen. Kurz darauf wurden alle Geschäfte, die nicht lebensnotwendig waren geschlossen. Ich habe mich wirklich gefreut, als die Schulen wieder öffneten, so konnte ich wenigstens wieder ein paar meiner Freunde sehen. Auch wenn es nicht angenehm war, den ganzen Tag die Maske zu tragen. Es fühlte sich alles anders und komisch an, nicht mehr das Gewohnte, Unbeschwerte. Ich kann mich nicht mehr mit allen aus meinem Freundeskreis treffen, man muss Angst haben, wenn man sich zu dritt trifft, dass man eine Strafe zahlen muss. Genauso ist es mit der Ausgangsperre, als diese noch bis 21 Uhr war. Wer von den Jugendlichen ist sonst um diese Uhrzeit zuhause – vor allem am Wochenende. Normalerweise keiner. Dieses Jahr Silvester war genauso seltsam.

Mittlerweile muss man sich einfach daran gewöhnen, aber ich hoffe, dass wir alle in ein paar Jahren wieder ganz normal leben können. Dass man wieder in einem Restaurant essen gehen kann, im Winter Schlittschuh laufen gehen kann, sich mit allen Freunden gleichzeitig treffen kann, verreisen kann und einfach alles wieder normal wird.

(Isabel, 10. Klasse)

Selbstverständliches nicht mehr selbstverständlich

Der Corona-Lockdown veränderte mein Leben dahingehend, dass plötzlich Selbstverständliches nicht mehr selbstverständlich war. Ich konnte von heute auf morgen meine Freunde nicht mehr wie sonst tagtäglich treffen, konnte manche meiner sportlichen Aktivitäten nicht mehr ausüben wie z. B. das Klettern in der Kletterhalle oder das Reiten im Reitverein. Ich konnte meine Freizeitgestaltung meistens nur noch allein ausführen, z. B. allein ausreiten oder allein joggen. Selbst das Treffen mit Familienmitgliedern wie z. B. Tanten, Onkels, Cousins und Cousins, sowie der Besuch der Oma wurden teilweise nicht mehr erlaubt. Auch die Übungen von der Feuerwehrgruppe, in der ich aktiv tätig bin, wurden eingestellt. Das Einkaufen wird zum Spießrutenlauf, da jeder dem anderen aus dem Weg geht, um ja den vorgeschriebenen Abstand einzuhalten. Da

ich ein sehr sozial eingestellter Mensch bin und das Treffen mit Freunden und dem entfernteren Teil der Familie nicht mehr ungezwungen stattfinden kann, bedrückt mich das sehr. Ein wichtiger Aspekt ist das Verbot des Präsenzünterrichtes, vor allem im Hinblick auf die im März stattfindende Abschlussprüfung Teil 1. Es ist ein Unterschied, ob ich mit meinen Lehrern und Mitschülern nur noch digital kommunizieren kann oder auch ein persönlicher Kontakt zu Stande kommt. Das sind alles Kriterien, die bestimmt auch meinen weiteren Lebensweg beeinflussen werden. Ich versuche aber auch positive Aspekte aus der Pandemie zu ziehen und sage mir der Umwelt kommt es zugute, da das geringe Verkehrsaufkommen und der geringe Flugverkehr die Umwelt geschont hat. Des Weiteren ist es auch gut mehr Zeit mit meinen Eltern zu verbringen, die wir in Spaziergänge und Wanderausflüge (soweit möglich) genutzt haben. Das schlimmste aber an der ganzen Pandemie war, dass mein Opa an Corona erkrankte und leider an dem Virus verstarb. Er zählte laut Statistik zu den Menschen mit Vorerkrankung, obwohl er trotz seines hohen Alters keine Vorerkrankungen hatte, die zum Tode geführt hätten. Ich wünsche mir, dass unsere Regierung in Sachen Impfung endlich mal was gebacken bekommen würde, damit wir in naher Zukunft alle wieder unser normales Leben leben können, soweit es möglich ist.

(Lena, 11. Klasse)

Du bist für dich und deine Zukunft selbst zuständig!

Guten Tag liebe Leser/-innen. Mein Name ist Eva-Maria und ich sitze gerade bei mir zuhause am Schreibtisch und schreibe diesen Bericht. Wir schreiben den 04. März 2021 und haben in diesem Moment 14 Uhr. Ich möchte gerne meine Meinung mit euch teilen, wie ich zu dem Thema Covid-19 stehe und was die Pandemie mit meinem Leben gemacht hat, beziehungsweise wie sich mein Leben dadurch verändert hat.

Wochen und teilweise Monate lang hatte und durfte man keinen direkten Kontakt zu seinen Liebsten haben, die nicht im selben Haus gewohnt haben. Viele haben deshalb ein Gefühl von Einsamkeit verspürt, ich auch. Es gab viele Gründe dafür. Ich konnte mich nicht mehr mit meinen Freunden treffen, meinen Freund habe ich auch nur sehr selten gesehen und der Kontakt zu Familienangehörigen

war auch gestört. Dank Covid-19 mussten ebenso viele Veranstaltungen, wie Geburtstage, Hochzeiten, Konzerte und vieles mehr, abgesagt werden. Was sehr schade war und immer noch ist. Letztes Jahr wurde ich 18 Jahre alt und konnte meinen Geburtstag nur sehr sehr klein feiern. Normalerweise ist der 18. Geburtstag oder auch der Tag an sich das, worauf sich jeder so lange gefreut hat und es nicht abwarten konnte, bis der Tag gekommen ist, um endlich alles zu machen was man schon immer machen wollte. Bei mir war das letzte Jahr anders. Ich hatte keine große Feier, wie alle anderen, die die Jahre zuvor schon ihren 18- hatten. Ich hatte keine „krassen“ Geschenke bekommen und ich konnte nicht mit meiner ganzen Familie feiern. Das Weihnachtsfest war auch nur in einer abgespeckten Version und Silvester war auch, für die meisten unter uns, sehr einsam und langweilig. Jedoch muss man sagen, dass das Jahr 2020 auch gute Seiten und Veränderungen hatte. Viele haben gelernt, sich mit sich selbst mehr zu beschäftigen und konnten dadurch teilweise ihre Stärken und Schwächen herausfinden. Man hat gelernt mehr Verantwortung für seine Taten und sein Handeln zu übernehmen. 2020 war für jeden Einzelnen ein sehr lehrreiches Jahr, würde ich sagen. Natürlich ist jeder mit der Situation auch unterschiedlich umgegangen. Ich für meinen Teil, habe vieles dazu gelernt und auch die Online-Beschulung für mich entdeckt und für gut befunden. Diese ist jedoch noch ausbaufähig. Ich würde es besser finden, wenn man wie in der Universität seine Unterlagen in Form von Videos, Erklärvideos oder auch einfach seine Aufgaben und Texte bekommt und jeder für sich selbst entscheidet, wann man das macht und die Sachen selber vor- und nachbereitet. Das wäre wünschenswert. Ebenso höre ich seit der Pandemie Podcast und beschäftige mich sehr viel mit mir selbst. Ich habe gelernt mehr auf mich selbst zu hören. Ich habe gelernt, entspannter zu werden und mir selber nicht mehr so einen Druck zu machen, sodass ich die Hoffnung habe, dass meine Prüfungsangst, die die Jahre immer stärker wurde, weniger oder sogar weg geht. Ich habe gelernt, auch mal nein zu sagen und möchte mich mehr auf meine Zukunft konzentrieren, sodass ich meine Ziele/Träume so gut wie möglich erreichen kann. Ich habe gelernt, dass ich alte Verhaltensmuster ablegen und ein paar Gute wieder auffrischen kann. Genug von mir, jetzt mal ernst.

Covid-19 hin oder her. Am Ende kommt es nur auf dich an. Wie du dich verhältst, wie du handelst und wie du mit der Situation umgehst. Es ist dir überlassen, ob du nach vorne schaust oder dich im Hier und Jetzt klein machst und Rückschläge erlebst. Merk dir eins: Du bist für dich und deine Zukunft selbst zuständig. Wenn du jung bist, kann ich verstehen das du in der Hinsicht noch Hilfe brauchst. Aber ab einem gewissen Alter sollte man lernen Verantwortung zu übernehmen und sich klar werden, ob das, was man macht, das Richtige ist. Think about it.

(Eva-Maria, 11. Klasse)

Reiche, ältere Menschen können am Corona-Virus sterben, am Klimawandel allerdings eher weniger.

Vor Corona war ich ein sehr ambitionierter Sportler. Ich ging 6 bis 7mal die Woche ins Fitnessstudio und es war ein fester Bestandteil meines Tages/Lebens. Durch die Lockdowns habe ich jetzt schon ein dreiviertel Jahr Training versäumt, welches ich daheim nicht ersetzen kann. Meine Disziplin hat darunter sehr gelitten. Ich ernähre mich seit langer Zeit absolut nicht mehr nach meiner Vorstellung einer guten/gesunden Ernährung. Mein Körper baut kontinuierlich Muskeln ab und Fett auf. Das Ganze ist sehr frustrierend für mich, nach über 5 Jahren harter Arbeit im Training.

Da ich in einer Beziehung lebe, ist die Distanz zu anderen Menschen erträglich. Allerdings ist es dennoch bedrückend. Viele meiner engsten Freunde, die ich schon seit dem Kindergarten kenne, leben in einer WG. Es dürfen sich immer nur zwei Haushalte auf einmal sehen, deshalb kommt es vor, dass ich sie über Wochen hinweg nicht sehe, da immer einer schon eine Freundin etc. eingeladen hat.

In diesem Zusammenhang finde ich es sehr traurig, dass ich mir schon mehrfach auf der Arbeit von älteren Kollegen/-innen anhören musste, dass ja die Leute in meinem Alter dafür verantwortlich sind, dass es so viele Infektionen gibt, weil sich junge Menschen offensichtlich überhaupt nicht an die Regeln halten.

Die Pandemie hat mich auch über das System, in dem wir leben, nachdenken lassen. Das Virus kann uns alle heimsuchen, egal ob arm oder reich. Diese Gefahr wurde erkannt und sofort wurden die dras-

tischsten Schritte in die Wege geleitet, die es jemals gegeben hat. Wenn man sich mit dem Hintergedanken die Argumente der Politiker und Firmen ansieht, weshalb es nicht so schnell möglich ist, das Land klimaneutral oder sogar klimapositiv zu gestalten, erscheint einem das Ganze sehr lächerlich. Argumente wie „Das kostet zu viel“ oder „Es würden Arbeitsplätze verloren gehen“ verwehen im Wind im Blick auf die Bewältigung der Pandemie. Meiner Meinung nach liegt der Unterschied darin, dass reiche, ältere Menschen am Corona Virus sterben können, am Klimawandel allerdings eher weniger.

Für die Zukunft hoffe ich einfach nur, dass es die Regierung hinbekommt, 160 Millionen Impfdosen so schnell es geht zu verabreichen.

(Leonard, 12. Klasse)

Was bleibt?

Die obenstehenden Berichte sind ein kleiner, aber repräsentativer Ausschnitt aus ungefähr 150 Berichten, die mir meine Schüler/-innen geschrieben haben. Sie zeigen alle, dass in der Generation unserer aktuellen Auszubildenden so viel Potential liegt, das ganz einfach nicht ungehört bleiben darf! Sie macht sich mindestens genauso viele Gedanken wie wir Älteren auch. Sie nimmt am Leben teil und lebt mit allen Einschränkungen und Unsicherheiten wie wir Erwachsenen. Warum also ihr Potential nicht nutzen? Ich denke, wir Älteren sollten bei allen Entscheidungen, vor allem, wenn es um diese junge Generation geht, diese auch mit in die Entscheidungen einbeziehen. Sie hat uns gezeigt, wie gut sie die Herausforderungen bisher meistert. Das müssen wir ihr öfter sagen und sie nicht nur mit ihren Sorgen und Nöten, sondern auch positiven Lösungsansätzen ernst nehmen. Was unsere junge Generation gerade leistet ist enorm!

Da stand meine Tochter vor mir mit ihren verzweifelten Tränen. Wie hätte ich ihr anders und wertschätzend antworten sollen? „Schatz, Corona wird nicht einfach irgendwann ganz verschwinden. Das macht uns alle unsicher und das ist ein sehr blödes Gefühl! Ich kann dich so gut verstehen! Möchtest du mir sagen, was dich am meisten stört? Dann überlegen wir gemeinsam, wie wir damit umgehen können ...“

Das Corona-Dilemma



MARKUS HERGESELL

Seit über einem Jahr befindet sich die gesamte Menschheit in einer Ausnahmesituation. Das Virus zwingt uns zu absurden Handlungsweisen: Wir isolieren uns und treffen unsere Lieben nur, wenn es unbedingt notwendig und erlaubt ist. Wir igeln uns ein und machen Home-Office. Sport treiben wir nur noch allein oder mit unserem Partner. Mannschaftssportarten sind in weite Ferne gerückt. Wir versuchen, unseren Sozialerlebnismangel im Konsum sozialer Medien zu kompensieren. Noch nie waren die Bildschirmzeiten der Smartphone-Nutzer so hoch wie heute. In einer Sonderstudie* von JIM (Basisstudie über den Medienumgang 12- bis 19-Jähriger) wurde ein Medienkonsumanstieg von ca. 31 % festgestellt. 60 % der Zeit, durchschnittlich insgesamt 260 Minuten Mediennutzung/Tag an Wochentagen, verbringen die Jugendlichen mit reinem Unterhaltungskonsum und die restlichen 40 % verbringen sie mit Informationssuchen und dem Versuch zu kommunizieren.

Zwischen Pest und Cholera

Das beschreibt den einen Teil unseres täglichen Dilemmas sehr gut. Denn jeden Tag haben wir dieselbe Wahl zwischen „Ich bleibe zu Hause, übe social distancing und schütze mich – damit ich mich/uns/meine Liebsten nicht gesundheitlich gefährde (Pest)“ oder „Ich verstoße gegen eine Verordnung, weil ich mein Dasein nicht mehr aushalte und ausbrechen möchte, dann aber auch meine Liebsten und mich gesundheitlich gefährden kann (Cholera).“

Oder nehmen wir ein Beispiel aus der Gruppe der Corona-Leugner: „Es gibt kein Corona, trotzdem darf ich niemanden treffen, weil die Gesetzeslage es verbietet (Pest). Oder ich gehe raus, verstoße gegen die Regeln und riskiere ein nicht unempfindlich hohes Bußgeld (Cholera).“ Diese Beispiele könnte man jetzt in jede Richtung durchdeklinieren und es

würde in jedem Fall zu einem Dilemma kommen.

Im täglichen Dilemma

Doch nicht nur wir Otto-Normalverbraucher sehen uns dieser Zwickmühle ohnmächtig ausgesetzt, sondern auch Politiker. Sie müssen abwägen zwischen den Grundrechten, die gerade in Deutschland geschichtlich und moralisch begründet sind – zwischen der Würde des Menschen (Art. 1 GG), die unantastbar ist, der Unversehrtheit des Lebens (Art. 2 GG), das eindeutig und nicht interpretierbar ist, und der Freizügigkeit (Art. 11 GG). Dann ist da noch die Rechtsordnung (Infektionsschutzgesetz, Versammlungsfreiheit, Kontrolle der Ordnungswidrigkeiten usw.), die aufrecht erhalten bleiben muss. Dem entgegen steht dem die Wirtschaft, die das Auskommen der Unternehmer, Arbeitnehmer und Familien sichern muss.

Eine Art sozialer Abfederung hat die Politik in Deutschland von Anfang an versucht, das sieht man an der großzügigen Auslegung/Regelung des Kurzarbeitergeldes und den vielen Soforthilfen für Unternehmer. Dass viele dieser Maßnahmen nicht optimal organisiert wurden, steht auf einem anderen Blatt.

Das, was für alle Menschen bleibt, und zwar auf ein Mindestmaß reduziert, ist das tägliche Dilemma. Und das größte Problem dabei ist, dass wir diese Situationen nicht gewöhnt und nicht geübt sind, damit persönlich umzugehen. Zu welchem Zeitpunkt geht es schon bei Entscheidungssituationen um Menschenleben oder schwerwiegenden Auswirkungen auf unsere Gesundheit? Kleinere Zwickmühlen wie „Sage ich jetzt die Wahrheit oder verschweige ich diese?“, haben immer noch diesen kleinen Ausweg offen, nicht erwischt zu werden und sind somit auch kein echtes Dilemma.

Lebensphilosophische Themen verorten

Und da rächen sich die Tendenzen der letzten Jahrzehnte, dass unser Bildungssystem gerade die geisteswissenschaftlichen Fächer stark vernachlässigt hat, denn Dilemma-Diskussionen, die eine bewusstseinsweiternde Wirkung haben und helfen können, mit solchen Situationen klarzukommen, finden nur marginal im Religions- oder Ethik-Unterricht statt. Und wenn wir dieses Thema, das jeden von uns angeht in dieses Schulfach schieben, ist es dann auch gesellschaftlich

richtig verortet? Oder sollten wir überlegen, lebensphilosophische Themen von der Grundschule beginnend in einem allgemeinbildenden Fach abzubilden und das Volk der Dichter und Denker, das jahrzehntelang dazu verdonnert wurde, Wissen nach dem Vorbild des Nürnberger Trichters (oder Wissens-Bulimie – auf die Schulaufgabe zu lernen und auf das Papier zu kotzen und das Wissen dann zu vergessen) sich anzueignen.

Doch das Dilemma bleibt und der Versuch, damit umzugehen, bringt viele von uns an seine persönlichen Grenzen, wie man immer wieder in den Nachrichten mit Schlagzeilen wie „Depressionen nehmen in Corona-Zeiten deutlich zu“ oder „Häusliche Gewalt steigt zu Corona-Zeiten“ lesen kann.

Demut ist Einsicht in die Notwendigkeit

Die scheinbar einfache Lösung birgt auch Tücken. Es ist die Demut. Die Definition des Oxford Languages finde ich sehr passend: „in der Einsicht in die Notwendigkeit und im Willen zum Hinnehmen der Gegebenheiten begründete Ergebnis.“ Demut – ein Wort, das irgendwie nicht mehr in unsere Zeit zu passen scheint, aber der einzig gangbare Weg sein könnte. Wenn man sich täglich dem Dilemma und seiner Ausweglosigkeit hingibt, führt es automatisch zu Depressionen oder Aggressionen. Besonders dann, wenn die Dilemma-Situation so lange anhält. Wenn man aber einsieht, dass diese Situation momentan nicht änderbar ist, da man keine Macht hat, dieses Virus zu vernichten, hat man schon den ersten Schritt getan, sich der Situation zu ergeben. Das bedeutet jedoch nicht, die Flügel zu streichen. Vielmehr sollten wir die Maßnahmen so nehmen, wie sie sind. Und wenn man dann noch den Blick weitert und in die Welt schaut, können wir immer noch froh sein, dass wir hier leben. Denn in keinem Land werden so viele Staatsmittel zur Abfederung der Krise verwendet; in vielen verschiedenen anderen Ländern gibt es noch nicht einmal die erste Impfung; in vielen Ländern haben die Regierungen nicht so besonnen reagiert und viel mehr Menschenleben gefährdet, siehe USA unter Trump oder Brasilien unter Bolsonaro. //

*„JIMplus Corona-Studie“: <https://www.klicksafe.de/service/aktuelles/news/detail/mediennutzung-im-lockdown-worauf-eltern-achten-sollten>

Landesverband

Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Corona“ hat uns in eine nie dagewesene Lage versetzt, stellt unser soziales Leben, die Wirtschaft und ja die ganze Welt auf dem Kopf. Mit großer Wucht hat es auch unser Bildungssystem getroffen. Unser Schulleben hat sich grundlegend und sehr schnell verändert. Die Digitalisierung hat einen enormen Schub gemacht und wir alle konnten vielfältige Erfahrungen im Umgang mit verschiedenen digitalen Tools und mit dem Distanzunterricht sammeln. Wir kennen mittlerweile Vor- und Nachteile von Wechselunterricht und Distanzunterricht und können diese Unterrichtsformen mit dem Präsenzunterricht vergleichen. Wir Lehrkräfte – wie auch Schüler/-innen und Eltern – haben festgestellt, dass der Präsenzunterricht durch nichts auf Dauer zu ersetzen ist. Deshalb hat er für uns oberste Priorität.

Nichtsdestotrotz ist die Gesundheit aller in der Schule Tätigen wichtig. Sie muss unbedingt geschützt werden! Es ist gut, dass unser Staat die Schwachen schützt, er muss aber auch Schüler/-innen und Lehrkräfte schützen. Außerdem hat er als Arbeitgeber die Pflicht, jegliches Gesundheitsrisiko von seinen Beschäftigten fernzuhalten.

War es bisher schon grenzwertig die Abschlussklassen in Präsenz zu beschulen, ist es nun schon fast fahrlässig, dass nach Ostern auch die 11. Klassen der Fachoberschulen wieder in den Präsenzunterricht kommen sollen. Damit erwarten unseren größten Einrichtungen bis zu 1500 Schülerinnen und Schüler. Unsere zentralen Forderungen sind daher:

- Sofortiges Impfangebot für uns Lehrkräfte!
- Kein Schulbesuch ohne Testpflicht!
- Die Tests müssen außerhalb der Schule stattfinden!

Damit bereits der Schulweg „sicher“ ist, muss der Test vor Antritt des Schulweges durchgeführt werden. Es ist unsinnig, Schülerinnen und Schüler mit Zügen und Bussen – zum Teil bis zu eineinhalb Stun-

den – an die Schulen fahren zu lassen, um sie dann gleich wieder zurück zu schicken, weil ihr Selbsttest positiv ist. Darüber hinaus haben die Schulen mit den Unmengen an Selbsttests an der Schule einen hohen Organisationsaufwand und wertvolle Unterrichtszeit geht verloren.

Keine Schulöffnungen bei Inzidenzen von 200!

Die allgemein gültige „Pandemie-Regeln“ müssen auch für Schulen gelten: Gerade in den letzten Wochen mehren sich die Berichte, dass die Schulen – entgegen früherer Aussagen – doch ein Ort der Ansteckung sind. Es ist also in keiner Weise begründbar, warum man alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schließt, um die Menschen zu schützen, die Schulen aber offen lässt. An den beruflichen Schulen wird auch im Distanzunterricht nach Stundenplan unterrichtet, so dass keine Wissenslücken entstehen. Der Unterricht ist gesichert!

Wir widersprechen daher vehement allen öffentlichen Äußerungen, welche unseren Lehrkräften eine „Verweigerungshaltung“ unterstellt. Alle im beruflichen Schulwesen beteiligten Personen sind hoch engagiert und dadurch enorm belastet. Dieses Engagement geschieht ausschließlich in der Verantwortung gegenüber unseren Auszubildenden, den Schülerinnen und Schülern und den Ausbildungsbetrieben. Mittlerweile wird das berufliche Schulwesen auch in den öffentlichen Medien wahr-



Der VLB-Hauptvorstand bei seiner letzten Sitzung.

genommen (BR, BR24, Süddeutsche Zeitung, Münchener Merkur, etc.), weil unsere Forderungen sachorientiert und absolut notwendig sind, um unseren Jugendlichen die Bildungschancen nicht zu verwehren.

Berufsbildungskongress 2021

Neben dem GV hat sich auch der Hauptvorstand des VLB für die Durchführung des Berufsbildungskongresses in Neu-Ulm ausgesprochen. Einigkeit besteht darin, dass die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens „Pandemie bedingt“ nicht stehen bleiben darf. Neben den klassischen Themen des Fachkräftemangels, Planstellenbedarfs und der Unterrichtsentwicklung werden auch die Herausforderungen der Digitalisierung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle einnehmen. Die Durchführung des Kongresses wird als Präsenzveranstaltung geplant, muss jedoch mit den Alternativen Präsenz-/Digital- bzw. Mischform noch abschließend ergänzt werden. Dies ist von der Situation im November 2021 abhängig.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten im GV mehr denn je für die Interessen unserer Mitglieder und machen das alles ehrenamtlich. Für konstruktive Vorschläge sind wir sehr dankbar und bleiben Sie gesund!

*Es grüßt Sie herzlichst für den Geschäftsführenden Vorstand
Martin Krauß und Sophia Altenhan
Stellvertr. Landesvorsitzende*

Das Mehr-wert-Girokonto¹ der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

50,^{Euro},-

Startguthaben für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen



Jetzt informieren in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon 0721 141-0, E-Mail info@bbb.de und auf www.bbbank.de/dbb



dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

¹ Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezüge-eingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Denk, Helga, 25.06., KV Schwandorf
Dobersch, Wolfgang, 21.06., KV Oberbayern-Südwest
Linhart, Adolf, 26.06., KV Main-Rhön
May, Berthold, 07.06., KV Rosenheim-Miesbach
Oldenburg, Eckart, 22.06., KV Allgäu
Schulze, Dieter, 19.06., KV Landshut

... zum 75. Geburtstag
Barth, Jürgen, 09.06., KV Neumarkt
Bauer, Peter, 08.06., KV Niederbayern-Ost
Druckenbrod, Gerd, 06.06., KV Main-Rhön
Gartmaier, Dr. med. Paul, 25.06., KV Rosenheim-Miesbach
Kratzer, Alfons, 11.06., KV Neumarkt
Mailhammer, Albert, 09.06., KV Niederbayern-Ost
Malzer, Reinhold, 01.06., KV Cham
Puchta, Richard, 24.06., KV Würzburg
Röthlingshöfer, Werner, 21.06., KV Mittelfranken-Süd
Stöhr, Burghard, 12.06., KV Main-Rhön

... zum 70. Geburtstag
Cronan, Uta, 11.06., KV Mittelfranken-Nord
Donhauser, Heinz, 22.06., KV Amberg-Weizsäckchen
Dräger, Alois, 21.06., KV Altötting-Mühldorf
Ernst, Karl, 15.06., KV Nürnberg
Kanzler, Angelika, 12.06., KV Mittelfranken-Süd
Kapfhammer, Alois, 12.06., KV Niederbayern-Ost
Kämmerle, Eugen, 21.06., KV Allgäu
Spohn, Norbert, 23.06., KV Würzburg
Stempfhuber, Anton, 10.06., KV Niederbayern-Ost
Weiss, Gebhard, 19.06., KV Allgäu

... zum 65. Geburtstag
Blimetsrieder, Karl Christof, 02.06., KV Rosenheim-Miesbach
Damberger, Wolfgang, 01.06., KV Niederbayern-Ost
Englhart, Peter, 21.06., BV München
Franz, Edith, 07.06., KV Oberfranken-Nordost
Hoos, Gerd, 22.06., KV Bayreuth-Pegnitz
Lucha, Werner, 08.06., BV München
Lurz, Doris, 11.06., KV Main-Rhön
Prokein, Gerhard, 23.06., KV Main-Rhön
Schweiger, Johann, 06.06., KV Würzburg

Stich, Albert, 07.06., KV Oberpfalz-Nord
Welsch, Birgit, 06.06., KV Nürnberg
Werkmeister, Ellen, 30.06., KV Augsburg

... zum 60. Geburtstag
Eglinger, Heidrun, 24.06., KV Mittelfranken-Nord
Fischer-Christa, Eleonore, 29.06.61 KV Bamberg-Forchheim
Franz, Karin, 09.06., KV Mittelfranken-Süd
Holzappel, Patrizia, 18.06., KV Cham
Krones, Rainer, 01.06., KV Oberbayern-Südwest
Körber, Inge, 27.06., KV Donau-Wald
Pausch, Dimka, 20.06., KV Oberbayern-Nordwest
Schwab, Rainer, 18.06., KV Allgäu
Schwandt, Margit, 05.06., KV Mittelfranken-Süd
Tschernitschek, Karl-Heinz, 06.06., KV Nordschwaben
Wimmer, Heidi, 12.06., KV Niederbayern-Ost
Zeitlhöfler, Josef, 26.06., KV Donau-Wald

In den Ruhestand sind gegangen ...

Benz, Anton, KV Oberbayern-Südwest
Boll, Rüdiger, BV München
Eilers, Kristina, KV Mittelfranken-Nord
Kallup, Paul, KV Cham
Kuftner, Christine, KV Cham
Lichy, Hans-Jürgen, KV Oberfranken-Nordwest
Müller, Erwin, KV Bayreuth-Pegnitz
Rötzer, Siegrid, KV Cham
Schindler, Oswald, KV Cham
Stang, Dietmar, KV Augsburg
Swoboda, Peter, KV Mittelfranken-Nord
Tauber, Rudolf, KV Würzburg
Zitz, Dagmar, KV Landshut

Wir trauern um ...

Binner, Willibald (80), KV Augsburg
Birner, Gertrud (79), BV München
Boxdorfer, Peter (81), BV Mittelfranken
Hofmann, Dieter (78), KV Nürnberg

Kölbl, Heinrich (94), KV Niederbayern-Ost
Langer, Horst (87), KV Untermain
Mayer, Max (87), KV Allgäu
Mayr, Otto (83), KV Mittelfranken-Süd
Rapps, Günter (92), KV Würzburg
Rieger, Karl (69), KV Nordschwaben
Ritter, Lore (94), KV Nürnberg
Schneider, Volker (94), KV Untermain
Streng, Willi (88), KV Mittelfranken-Nord
Urban, Bernhard (72), KV Nordschwaben

KV AUGSBURG

Ehrung in schwieriger Zeit

Die Pensionistenbetreuung des VLB im KV Augsburg, vertreten durch Clemens Oswald und Franz Lernet, gratulierte Peter Raffelt zu seinem 90igsten Geburtstag mit einem ausgesuchten Geschenkkorb.

Er ist 1955 in den Verband eingetreten und hat sich in der Zeit zahlreiche Verdienste erworben. Sicherlich ist noch bekannt, dass 1971 der 2. Bayerische Berufsschultag in Augsburg stattgefunden hat. Peter Raffelt war an der Organisation maßgeblich beteiligt und hat mit seiner Festschrift über die Städtischen Berufsschulen Augsburg der Organisation einen feierlichen Rahmen gegeben.

Peter Raffelt war lange Zeit Leiter der Städtischen Berufsschule 1 und hat in dieser Zeit richtungsweisend das schulische Berufsgrundschuljahr Metall, gegen erhebliche Widerstände, eingeführt. Über die spontane Ehrung in Zeiten der Corona-Pandemie war der Jubilar äußerst überrascht und freute sich sehr.

Der gesamte Kreisverband Augsburg im VLB wünscht dem Jubilar noch viele interessante Lebensjahre bei robuster Gesundheit. *Franz Lernet*



Negatives Denken ist auch eine Sucht

Lehrergesundheit



Nachdem ich meinen Artikel für die letzte Ausgabe der *VLB akzente* geschrieben hatte, telefonierte ich mit Chefredakteur Christian Kral. Ich war unsicher, inwiefern der Artikel für Sie, verehrte Leserinnen und Leser, von Interesse sein könnte. Zwar bin ich persönlich davon überzeugt, dass Seele und Psyche letztendlich die Ursache für viele, wenn nicht die meisten Krankheiten sind, aber jeder andere Standpunkt, der das anders sieht, ist genauso legitim.

Er „beruhigte“ mich insofern und bestätigte mir, dass das ganze Thema Depression und Burnout gerade in diesen Zeiten ein großes und wichtiges auch für viele von Ihnen sei. Und das stimmt schon, denn auch wenn (Gott sei Dank!) bisher nur eine Minderheit davon betroffen ist, so kennen viele doch Personen Umfeld, die mehr oder weniger deutliche Anzeichen von Depression und/oder Burnout zeigen.

Niemand, der nicht selbst schon einmal davon betroffen war, kann nachfühlen, wie es dem oder der Betroffenen geht und was in demjenigen Menschen vorgeht. Deshalb ist unser Bestreben, Ihnen Einblicke in die Thematik zu vermitteln. Nicht aus der Sicht des „Besserwissenden“ heraus, sondern um vertrauensvoll und konstruktiv mit dieser Thematik umgehen können.

Über meine Arbeit

Wenn wir hier in *VLB akzente* über diesen Themenkomplex berichten, sollen Sie sich ein Bild machen können, wer hier schreibt. Vielleicht können Sie, wenn Sie es möchten und es Ihnen wichtig ist, Vertrauen zu mir gewinnen können. Denn die Thematik ist sensibel und persönlich.

Also, ich bin 59 Jahre jung und wohne im schönen Landkreis Bayreuth. Nach Abitur und Banklehre habe ich Volkswirtschaftslehre studiert und dann in der Finanzbranche gearbeitet. Etwa 2005 stellte sich im Beruf eine gewisse Unzufriedenheit ein, aber ich hielt das für normal. Ab 2007 wurden daraus Depressionen und 2009 schließlich ein Burnout. Damals war das noch eine recht seltene Diagnose. Ich war ein Dreivierteljahr außer Gefecht. Als ich 2010 wieder fit war, wechselte ich in die Verlagsbranche. Außerdem machte ich Ausbildungen zum Entspannungstrainer, Meditationslehrer und andere Fortbildungen.

Matthias Kohn, der Leiter Ihrer VLB-Geschäftsstelle lud mich ein, beim VLB-Berufsbildungskongress 2018 in Bamberg einen Workshop über Stressabbau zu halten. Der war sehr gut besucht und hat den Teilnehmern/-innen und mir viel Spaß gemacht. Dort lernte ich Christian Kral und andere nette Menschen im VLB kennen. Wir sprachen über die Idee eines Artikels in *VLB akzente* und setzten diese Idee Anfang 2019 um. Inzwischen ist daraus eine bereits zweijährige Artikelserie entstanden. Aus dieser Serie wiederum resultierten zwei Workshops in Nürnberg im März 2020 unmittelbar vor dem ersten Lockdown und mein erstes Online-Seminar Anfang Dezember für die Lehrer-Akademie in Dillingen.

Meinen Job für den Verlag gab ich Ende 2018 auf, nachdem dort der Stress immer mehr zunahm. Aber nicht nur bei mir nahm der Stress exponentiell zu, sondern auch in den Schulen. Dies konnte ich bei vielen Schulbesuchen hautnah miterleben. Ich habe großen Respekt und Hochachtung vor den Lehrerinnen und Lehrern.

Da ich weder Arzt noch Therapeut oder Heilpraktiker bin, spreche ich aus meinen Erfahrungen und auf Grundlage meiner Ausbildungen. Das gebe ich auch in Kursen und Fortbildungen weiter. Momentan absolviere ich zusätzlich ein Fernstudium zum psychologischen Berater.

Gedanken als Stressfaktor

Ein Teil dieses Studiums besteht aus detaillierter Selbstbeobachtung bzw.

Selbstreflexion. Nun „überschlagen“ sich die Erkenntnisse. Eine davon spiegelt sich in der Überschrift des heutigen Artikels. Ich habe mich immer gefragt, weshalb Menschen sich dermaßen selbst in die Pfanne hauen und sich selbst dermaßen niedermachen können. So wie es inzwischen auf der Körperebene viele sogenannte Autoimmun-Erkrankungen gibt, so bin ich überzeugt, dass dies auf der psychischen Ebene ebenso geschieht.

Nur bin ich aufgrund eigener Erfahrungen ebenso davon überzeugt, dass Psychopharmaka auf die Dauer nicht helfen, sondern schaden. Ich glaube, dass sie viel zu schnell und oft unnötigerweise verabreicht werden, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Ich persönlich bin absolut sicher, dass es sanftere Methoden der Behandlung und der Heilung gibt. Bei uns Erwachsenen entstehen die Krisen auffallend oft um die Lebensmitte herum. Das hat seine Gründe. Bis zum nächsten Artikel lade ich Sie ein, die Übungen der vorangegangenen Ausgaben weiter zu praktizieren. Im Idealfall ein- bis zweimal täglich, bei Bedarf natürlich gerne öfter.

Zum Schluss habe ich für Sie eine Literatur-Empfehlung:

Hanspeter Ruch – Burnout: Aus der Erschöpfung in die Kraft. Verlag Via Nova, 2. Auflage 2011, 9,95 Euro.

Der Schweizer Psychologe und Psychotherapeut beschreibt die komplexe Thematik auf einfühlsame Weise, ohne erhobenen Zeigefinger und ohne jegliches Fach-Kauderwelsch.

Streichung der Frühjahrsferien

Offener Brief

*Sehr geehrter Herr Dr. Söder,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Piazzolo,
sehr geehrte Damen und Herren des
Bildungsausschusses,*

mit den folgenden Zeilen protestieren wir gegen den Umgang mit Schülern und Lehrern im Zuge der Streichung der Frühjahrsferien.

Am 6. Januar wurde vom bayerischen Ministerrat die Streichung der Frühjahrsferien beschlossen und in der Pressekonferenz damit begründet, dass es dieses Jahr keinen Fasching geben könne und somit auch keine „Faschingsferien“. Stattdessen sollten in dieser Woche Versäumnisse nachgeholt werden. Ein Kausalzusammenhang, der lediglich zeigt, dass die Verantwortlichen den Sinn und Zweck von unterrichtsfreien Zeiten als Regenerationsphasen nicht verstanden haben. Dem implizierten Vorwurf, dass es an den Schulen per se zu „Versäumnissen“ gekommen sei, treten wir dezidiert entgegen. Dies kommt in unseren Augen einer pauschalen Herabwürdigung des Geleisteten gleich. Fernerhin wurde kolportiert, den Unterricht in den Frühjahrsferien als Präsenzunterricht abzuhalten, letztendlich musste er aber erneut als Distanzunterricht praktiziert werden. Die ursprüngliche Idee, schwächeren Schülern, die im Distanzunterricht nicht vollumfänglich gefördert werden konnten, nun in Präsenzzeiten zusätzliche Hilfen angedeihen zu lassen, konnte somit absehbar nicht realisiert werden.

Im Nachgang dieser Ankündigung, einer Entscheidung, die am Parlament vorbei getroffen wurde, kam es zu Widerspruch von Seiten der Lehrer- und Bildungsverbände, der Schüler- und Elternvertretungen, der Opposition im Landtag und der Bevölkerung mittels Petitionen. Von den verschiedenen Seiten wurde dargelegt, dass die Entscheidung über die Streichung der Frühjahrsferien aus organisatorischer Sicht schwierig und aus pädagogischer Sicht mitnichten sinnvoll ist. Aller Bemühungen und

Argumente zum Trotz wurde an der Streichung festgehalten. Ein geradezu selbstherrlicher Umgang der Regierenden mit den Schulfamilien.

Weiterhin wurde entschieden, dass die mit der nun zu unterrichtenden zusätzlichen Woche einhergehende Mehrarbeit nicht als Mehrarbeit zu werten ist, da das Jahresstundendeputat nach oben gesetzt wurde. Dies spricht in erschreckender Weise den Leistungen Hohn, die während des vergangenen Pandemiejahres von allen direkt am Schulleben Beteiligten erbracht wurden. Die Versäumnisse in Bildungspolitik und Digitalisierung der letzten Jahre, die sich nun blitzartig offenbart haben, wurden an der Basis bestmöglich kompensiert. Dass genau Diejenigen, die für besagte Versäumnisse verantwortlich zeichnen, nun Denjenigen, die die Versäumnisse und Fehler wettzumachen suchen, die mehr als verdiente Regenerationsphasen streichen, ist ein Zustand, der nur schwer zu ertragen ist.

Diese Vorgänge kulminierten letztlich noch in dem Aufruf, Schulen und Lehrer zu denunzieren, die in der Faschingswoche das Arbeitspensum der Schüler verringern, um diesen wenigstens ein geringes Maß an Stressreduktion zu ermöglichen.

Sehr geehrter Herr Dr. Söder, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Piazzolo, sehr geehrte Damen und Herren des Bildungsausschusses, Schüler, Eltern, Lehrer und auch die ausbildenden Betriebe haben in den vergangenen Monaten viel geleistet, um Bildung, Lernen und Schule in Pandemiezeiten bestmöglich zu bewerkstelligen. Einen Umgang, wie Sie ihn in dieser Angelegenheit pflegten und pflegen, haben wir nicht verdient.

Wie sollen wir Lehrer in Anbetracht der eben skizzierten Vorgänge, die im Widerspruch zu allen demokratischen Prozessen stehen, die in der Schule vermittelt werden sollen, unsere Schüler nach Artikel 131 (3) (Bayerische Verfas-

sung) „im Geiste der Demokratie“ erziehen und der Politikverdrossenheit entgegenwirken? Hierbei haben Sie uns einen Bärendienst erwiesen.

Wir fordern Sie hiermit auf, die Streichung der Frühjahrsferien nicht zum Präzedenzfall werden zu lassen, um auch in Zukunft politische Unzulänglichkeiten durch Streichung von Ferienzeiten zu kaschieren.

Wir fordern weiterhin, auf die schon seit Jahren angemahnten Missstände endlich zu reagieren und diesen entgegenzuwirken. Verbessern Sie die unzureichende Lehrerversorgung, die insbesondere an beruflichen Schulen eklatante Ausmaße anzunehmen beginnt. Beheben Sie die Diskrepanz zwischen angestrebter Digitalisierung und dem dafür bereitgestellten Etat.

Verringern Sie den ausufernden Verwaltungsaufwand für Lehrkräfte und Schulen. Sehen Sie zukünftig vom Erstellen übertriebener Schulkonzepte und Konvolute mit zweifelhaftem Sinn (Stichwort „Papiertiger“) ab. Nehmen Sie bitte Vorschläge, Forderungen und Einwände von Seiten der Schulfamilien ernst und regieren Sie nicht über deren Köpfe hinweg.

Einer Antwort sehen wir erwartungsvoll entgegen.

*Michael Neumann, Michael Schenk,
Sebastian Schunke, Karl Geller,
Peter Dempfle, Ina Grimmeisen,
Johannes Goldstein, Alexandra Zieger,
Philipp Niegl, Klaus Geiger,
Bibiana Reinelt, Michael Siebig,
Bernhard Fischer, Daniel Osterried,
Ulrich Schoeneich, Thomas Brem,
Ursula Seidel, Reinhard Reimers,
Thomas Meissner, Jörg Rowohl,
Ina Achtmann, Aleksandra Windorf,
Daniel Dietrich, Christoph Müller,
Stefan Lutzenberger, Alexander Ort,
Andreas Kurzen, Bettina Veit-Schönle,
Kathrin Kamprath, Ann Kristin Schittenhelm,
Monika Schulz, Thomas Boese.*

Landtagsabgeordneter abschätzig über Lehrer

Zu den Äußerung von Franz Josef Pschierer

Der ehemalige CSU-Wirtschaftsminister und jetzige Landtagsabgeordnete Franz Josef Pschierer hat auf seinem Facebook-Profil gegen die Impfung für Lehrerinnen und Lehrer Stimmung gemacht – für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold in einer erschreckenden Tonart und mit völlig absurden Vorwürfen:

„Es ist wirklich zynisch, wie sich der CSU-Abgeordnete Pschierer über Lehrerinnen und Lehrer äußert. Und das einen Tag, nachdem sein Chef, Ministerpräsident Söder, beteuert hat, dass Lehrerinnen und Lehrer ‚tolle Arbeit leisten‘! Pschierer stellt den Lehrerinnen und Lehrern ein schlechtes Zeugnis aus, kritisiert die für ihn unangemessene Höhe der Gehälter, die Urlaubstage und die Gesundheitsversorgung für Lehrerinnen und Lehrer.“

PM-SPD/03-2021

Offener Brief an Franz Josef Pschierer

Sehr geehrter Herr Pschierer, den „Mut“ eines Gerhard Schröders, der Lehrer unverhohlen als „Faule Säcke“ beschimpfte, besitzen Sie nicht. Aber Ihre Äußerungen weisen in die gleiche Richtung. Und das, obwohl das Gros der Lehrer/-innen in Zeiten von Corona nicht nur in puncto „Digitalisierung“ gerade einen wahren Kraftakt hingelegt hat.

Ich bin seit 30 Jahren Berufsschullehrer und möchte Ihnen deshalb antworten. Sehen Sie, Herr Pschierer, wenn Sie hinausposaunen, viele bayerische Lehrer seien faul und unfähig, dann könnte ich mit gleichem Recht behaupten, viele CSU-Abgeordnete seien korrupt. Natürlich gibt es faule Lehrer und korrupte CSU-Abgeordnete. Es gibt alles. Aber die Frage, in welcher der beiden Gruppen der Anteil an schwarzen Schafen größer ist, könnten auch Sie nicht seriös beantworten. Oder doch?

Sie sagen Lehrer haben es gut. Das stimmt. Aber bayerische Landtagsabgeordnete auch. Ihre Diäten sind üppig, ihre Pensionen opulent. Außerdem bleibt ganz offensichtlich viel Freizeit für lukrative

Nebentätigkeiten. Da müsste man doch eigentlich zufrieden sein. Wäre da nicht die Gier! Kam im Rahmen der „Verwandten-Affäre“ nicht auch ans Licht, dass Sie Ihre eigene Ehefrau 13 Jahre lang als „Mitarbeiterin“ angestellt hatten? Völlig legal, versteht sich.

Wie gesagt: Lehrer ist ein schöner Beruf. Trotzdem gibt es in Bayern zu wenige. Woher kommt das? Licht und Schatten, Herr Pschierer! Wir Berufsschullehrer/-innen bringen häufig eine Berufsausbildung mit. Als gelernter Schreiner kam ich im Holz- und Baubereich zum Einsatz. Aufgrund meines Zweitfachs (Physik) unterrichtete ich aber auch in Technikerklassen. Und natürlich in Klassen, in denen Schüler/-innen ohne Ausbildungsplatz ihre Schulpflicht erfüllen. Solche Klassen gelten als schwierig.

Ich kenne Sie nicht persönlich Herr Pschierer, aber ich vermute, dass Sie das Unterrichten in einer solchen Klasse nicht lange durchhalten würden. Vor allem nicht in den „Brennpunktschulen“ der Großstädte. Sie selber absolvierten laut Wikipedia eine Ausbildung zum Reserveoffizier und waren zwei Jahre lang für die Handwerkskammer Schwaben tätig. Respekt! Bevor Sie endgültig in die Politik wechselten, folgten noch ein paar Jährchen als Redakteur der „Deutschen Handwerkszeitung“. Außer während ihrer eigenen Schulzeit haben Sie also noch nie Erfahrungen mit dem bayerischen Schulwesen gesammelt. Deshalb mein wohlmeinender Rat an Sie:

Reden Sie nicht über Dinge, von denen Sie keine Ahnung haben! Ihre Wähler, aber auch die CSU-Fraktion wären Ihnen dafür dankbar.

*Mit freundlichen Grüßen
Andreas Müller, Bad Neustadt*

Über die Schulmauern hinaus

Ihr Artikel ist gefragt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen werden die meisten von der Jahresberichtredaktion ihrer Schule angesprochen, ob sie einen Bericht verfassen können. Man kann das vergangene Schuljahr noch einmal Revue passieren lassen und an Auszeichnungen, Projekte und Aktionen erinnern. Trotz und wegen der Pandemie waren wir alle nicht untätig und es gibt sicher vieles zu berichten. – Findet sich darunter etwas, das sie auch über Ihre Schulmauern hinaus transportieren möchten? Oder gibt es ein Thema, das Sie in der *VLB akzente* vermissen und worüber Sie einen Artikel verfassen können?

Beispielsweise wird uns zu Beginn des neuen Schuljahres die Bundestagswahl sehr beschäftigen. Die Herausforderung für uns an bayerischen beruflichen Schulen war dabei schon immer der Termin: Viele unserer Schüler sind Erstwähler, werden aber nach den langen Ferien evtl. nur eine einzelne PuG-Unterrichtsstunde vorm Wahltag haben. Wie nutze ich diese Stunde am effektivsten? Wie schaffe ich es, dass die Schüler sich inhaltlich mit den Wahlprogrammen auseinandersetzen – anstatt nach anderthalb Jahren zermürbender Pandemie aus reinem Protest zu wählen? Und wie kann ich gerade im Distanz- oder Wechselunterricht auf dieses Thema eingehen?

Natürlich gibt es noch viele weiteren Themen und wir freuen uns auf Ihre Einsendungen und Zuschriften an redaktion@vlb-bayern.de – Auf Wunsch unterstützen wir Sie gerne bei Ihrem Schreibvorhaben, indem wir Ihnen Tipps zum Verfassen und zum Aufbau eines Artikels sowie zur Gestaltung von Fotos zukommen lassen.

Für uns bleibt wünschenswert, dass sie bitte auch bei Kollegen dafür werben, die Berichterstattung in der *VLB akzente* stets im Hinterkopf zu behalten. Und wenn Sie gute Kontakte beispielsweise zu Ausbildungsbetrieben pflegen, die in Ihrem Jahresbericht inserieren, machen Sie diese gerne auch auf unser Verbandsmagazin aufmerksam. Die Anzeigenpreise und die jeweils aktuelle Ausgabe sowie ein Archiv aller *VLB akzente* der letzten Jahre finden Sie auf <https://www.vlbbayern.de/service/vlb-akzente> *Christian Kral*

Autorenverzeichnis

Altenthan, Sophia
Stellv. VLB-Landesvorsitzende
BS, Plattlinger Str. 24, 93055 Regensburg,
Tel. 0941 792397

Büttner, Andreas
Burgstallring 18, 95517 Seybothenreuth,
Tel. 09275 9727240

Geiger, Astrid
HPR-Gruppenvertreterin
Englschalkinger Str. 12, 81925 München,
Tel. 089 552500-11

Hergesell, Markus
BSZ, Neuöttinger Str. 64 c, 84503 Altötting
Tel. 08671 9296-500

Hlawatsch, Klaus
BS, Wiesstr. 32, 87435 Kempten,
Tel. 0831 25385-358

Keil, Rudolf
Stellv. VLB-Landesvorsitzender
HPR, Englschalkinger Str. 12,
81925 München, Tel. 089 552500-11

Krauß, Martin
Stellv. VLB-Landesvorsitzender
BS, Stockerhutweg 52, 92637 Weiden,
Tel. 0961 206-0

Männlein, Pankraz
VLB-Landesvorsitzender
BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12,
96050 Bamberg, Tel. 0951 30287-0

Ruf, Lisa
BS, Zwerchgraben 2, 97074 Würzburg,
Tel. 0931 7953-0

Ruf, Martin
BS, Stettiner Str. 1, 97072 Würzburg;
Tel. 0931 7908-100

Dr. Tholen, Maïke
BOB, Memminger Str.48, 89231 Neu-Ulm,
Tel. 0731 978160

Prof. Dr. Wilbers, Karl
FAU Erlangen-Nürnberg,
Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg,
Tel. 0911 5302-322

Bücher/Medien

Die 10 Todsünden der Schulpolitik

Rezension zum Buch Heinz-Peter Meidingers

„Deutschland versinkt im Schulchaos. Reform folgt auf Reform und doch verändert sich an den grundsätzlichen Defiziten so gut wie nichts.“

Die Schule ist heillos überfordert, soll sie doch alle gesellschaftlichen Probleme von der Integration bis hin zur demokratischen Erziehung lösen. Dazu Lehrermangel allerorten, Defizite bei der Digitalisierung und die fatalen Auswirkungen des Neoliberalismus, Stichwort Ware Bildung. Die Coronakrise hat das Versagen der Bildungspolitik endgültig offenbart. Heinz-Peter Meidinger ist wohl der gefragteste Experte in Sachen Schulpolitik in Deutschland. Wer könnte besser die Todsünden des Schulsystems benennen?“ (Klappentext)

Der Autor dieser Streitschrift Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, nimmt die Coronakrise zum Anlass mit einem Brennglas die aktuelle und vergangene Schulpolitik kritisch zu hinterfragen. Aktuelles Beispiel: Nicht einmal 5 % der 5 Milliarden zu Verfügung gestellten Mittel des Digitalpaktes des Bundes wurden abgerufen. Fehlende und oder nicht funktionierende Lernplattformen, mangelnde Fortbildungen und fehlende Lehrkräfte. Den Begriff Todsünden entlehnt er amüsanter Weise aus dem katholischen Katechismus und überträgt ihn in abgewandelter Form auf die Bildungspolitik.

Er beschreibt immer wiederkehrende Verhaltensmuster und permanente, bewusste Versäumnisse der verantwortlichen politischen Akteure. Immer neue zusätzliche Aufgaben zum Kerngeschäft erwartet die Gesellschaft und führt zu permanenter Überlastung der Lehrkräfte. Er zitierte den Arbeitsmediziner Professor Müller Limmroth: „Die Lehrkraft hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei dichtem Nebel durch unwegsames, ungesichertes Gelände in nordwestsüdöstlicher Richtung zu führen, und zwar so,

dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an mindestens drei verschiedenen Zielorten ankommen.“ Diese „mission impossible“ gepaart mit einem völlig überregulierten Verwaltungsapparat kann nur zu Burn-out führen konstatiert er.

Die Polarisierung und Ideologisierung der Bildungspolitik münden in die Unfähigkeit zu Kompromissen. Am Umgang mit Inklusion, Bologna-Reform, Schule als Wirtschaftsunternehmen mit Kundenorientierung oder der Weg zur Akademikergesellschaft zeigt sich, wie Symbolpolitik statt langfristiger Perspektivpolitik Schaden anrichten kann. Verantwortlich macht er die verkürzten politischen Zeithorizonte der Legislaturperioden bei den Entscheidungsträgern. Gerade in der beruflichen Bildungslandschaft zeigt sich, wie immer wieder versucht wurde berufliche Bildung zu schwächen und akademische hervorzuheben, mit katastrophalen Folgen für unsere Gesellschaft. Stichwort Handwerker- oder Pflegenotstand.

Lesenswert machen zum Schluss die 10 Ratschläge für eine bessere Bildungspolitik auf die sich der Leser freuen darf. Als Fazit gibt er den Akteuren der Schulpolitik auf den Weg, nicht immer nach Patentrezepten im Ausland suchen, sondern aus eigenen Fehlern zu lernen und nicht die Fehler anderer zu wiederholen.

Für mich ein lesenswertes Buch, kurzweilig geschrieben und regt zum Nachdenken an. Hoffentlich lesen es viele Bildungspolitiker, die Verantwortung tragen.

Erich Baumann

Angaben zum Buch:
Heinz-Peter Meidinger, Jahrgang 1954, ist Gymnasialdirektor im Ruhestand und seit 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes in dem rund 165 000 Lehrkräfte organisiert sind.

Claudius, ISBN: 3-532-62864-3, 128 Seiten, Hardcover, Januar 2021, 15 Euro

Nachrichtliches

Deutsch-französische Freundschaft intensiviert

Absichtserklärung unterzeichnet

„Bonjour!“ und „Grüß Gott!“ hieß es bereits im Januar im Kultusministerium bei der Videoschleife von Kultusminister Michael Piazzolo und der französischen Botschafterin Frau Anne-Marie Descôtes. Im gemeinsamen Gespräch lobte der Kultusminister die Vereinbarungen der neuen Absichtserklärung als wertvollen Beitrag für die deutsch-französische Freundschaft. Piazzolo hob dabei die Bedeutung der französischen Sprache hervor: „Sprache ist immer ein Türöffner für Gesellschaft und Kultur. Mit Französisch lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur unser Nachbarland kennen. Sie erleben europäische Kultur und erfahren Völkerverständigung. Mit der gemeinsamen Absichtserklärung stellen wir weiterhin die Weichen für eine lebendige Freundschaft zwischen Frankreich und Bayern.“

Botschafterin Frau Anne-Marie Descôtes: „Diese neue Kooperation kann nur eine gegenseitige Bereicherung sein. Und dabei spielt der Freistaat Bayern erneut eine Vorreiterrolle, die wir zu schätzen wissen. Schließlich passt diese Unterzeichnung auch perfekt mit dem Motto des Deutsch-Französischen Tages 2021 zusammen: ‚Gemeinsam Grenzen überwinden!‘.“

Die Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung stand im Mittelpunkt des virtuellen Treffens. Dabei wählte man den Zeitpunkt der Unterzeichnung ganz bewusst vor dem Deutsch-Französischen Tag, der jährlich am 22. Januar feierlich begangen wird. Die Erklärung intensiviert die Zusammenarbeit beider Länder und sieht vor, die Bestimmungen des Vertrags von Aachen vom Januar 2019 umzusetzen. Gemeinsames Ziel ist es, die Attraktivität der französischen Sprache und die Zahl der Französischschüler zu steigern. Gefördert werden die international anerkannten französischen Sprachdiplome DELF und die Erstellung von Materialien für den Französischunterricht. Zudem sieht die Vereinbarung die Förderung von Lehrerfortbildungen und Schulpartnerschaften vor. *PM-KM 05/2021*

Teams/Office 365 verlängert bis August

und neues Videokonferenztool

Mit Visavid stellt das Kultusministerium ab Ende April eine zentrale bayernweite Videokonferenzsoftware für alle Schulen bereit. „Damit haben wir eine einfache und für Schulen maßgeschneiderte Software, die für das pandemiebedingte ‚Lernen zuhause‘ eingesetzt werden kann, aber auch für zahlreiche weitere Einsatzzwecke im künftigen Schulalltag geeignet ist“, so das KM in einer Pressemitteilung. In dieser heißt es weiter:

Kultusminister Michael Piazzolo: „Visavid ist ein benutzerfreundliches, maßgeschneidertes und datenschutzkonformes Videokonferenztool für unsere Schulen. Jetzt haben alle Schulen – auch die Grundschulen – ein Programm, das leicht und auf allen Geräten zu bedienen ist – ganz ohne Installation.“

Visavid ist ein auf die speziellen schulischen Anforderungen maßgeschneidertes Produkt. Zudem ist die Datenverarbeitung ausschließlich in großen Rechenzentren der EU garantiert. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung digitaler Souveränität an bayerischen Schulen.

„Da wir wissen, dass aktuell manche Schulen in Bayern das MS Teams-Angebot des Kultusministeriums nutzen, haben wir den Vertrag nun bis Ende des aktuellen Schuljahres verlängert“, so Minister Piazzolo. Damit steht diesen Schulen eine mehrmonatige Übergangszeit zur Verfügung, in der sie sich auf ihre künftige Videokonferenzlösung einstellen können. Hierfür dankt das Kultusministerium der Firma Microsoft ausdrücklich. „Mit unseren beiden Videokonferenztools machen wir den Schulen ein sehr niederschwelliges und attraktives Angebot“, so Michael Piazzolo.

PM-KM 41/2021/ck

Lesen Sie hierzu den Artikel aus *VLB akzente 02/2021*. Johannes Münch kritisiert darin, dass das KM das Microsoft-Produkt nur als Videokonferenzsystem bezeichnet, aber den großen Mehrwert übersehe. Dieser sei aus dem Schulbetrieb nicht mehr wegzudenken. Den Artikel finden Sie unter <https://www.vlbbayern.de/aktuelles/news/erfolgsformel-mebis-x-office365> Anm. d. Red.

Herausgeber

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e. V. (VLB) im VLB-Verlag e. V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Tel. 089 595270
Fax 089 5504443
E-Mail: info@vlb-bayern.de
Internet: www.vlb-bayern.de

Redaktion

Christian Kral
Nordstraße 13, 97508 Grettstadt
Tel. 09729 908433, kral@vlb-bayern.de

Julian Salomon
Hansjakobstraße 107 B, 81825 München
Tel. 0160 97070031,
salomon@vlb-bayern.de

Alle Manuskripte und Beiträge werden erbeten an:
redaktion@vlb-bayern.de
Matthias Kohn, Tel. 089 595270

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung durch die Redaktion als angenommen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge, insbesondere Leserbriefe, müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion decken.

VLB-Verlag und Anzeigenverwaltung
Andrea Götzke, Tel. 089 595270
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de

Layout

Gunter Czerny
Ried 3, CH-3233 Tschugg
Tel. +41 32 3892770

Druck

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Tel. 09391 60050

Erscheinungsweise und Bezugspreis

VLB akzente erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

VLB akzente wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

Kündigung

Die Kündigung kann bis drei Monate vor Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

Copyright

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

30. Jahrgang
ISSN Nr. 1867-9161

Nur halbe Notbremse für die Schulen

VLB-Pressemitteilung vom 14.04.2021

Die Bundesregierung hat im Entwurf zur Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes eine so genannte bundesweite Notbremse beschlossen. Demnach sollen strenge Einschränkungen ab einem Inzidenzwert von 100 gelten. Dass die Schulen aber erst ab 200 geschlossen werden, entbehre jeglicher Logik, sagen nicht nur die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer.

„Die Lehrkräfte an bayerischen beruflichen Schulen werden immer noch nicht priorisiert geimpft. Damit sind sie und ihre Schülerinnen und Schüler einem beträchtlichen Risiko ausgesetzt. Mögliche Infektionen werden dann in die Familien und Ausbildungsbetriebe übertragen. Wenn man massive Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben anordnet, um Kontakte zu vermeiden, dann ist es geradezu grob fahrlässig, mit Schulschließungen bis zu einer Inzidenz von 200 zu warten“, so Pankraz Männlein, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB).

Die Gesellschaft für Aerosolforschung hat vor dem Beschluss der Bundesregierung bekräftigt, dass die Übertragung von Covid-19 überwiegend in Innenräumen stattfindet. „Gilt das an Schulen nicht?“, fragt der Lehrerverbandschef kritisch. „Und wie kann es sein, dass fast in allen Schulen die notwendige Ausstattung fehlt – z. B. Luftfiltergeräte, um die Mitglieder der Schulfamilie adäquat zu schützen? Hier muss die Politik handeln, anstatt absurde Regeln zu beschließen.“

Der VLB fordert, dass die 100er Inzidenz auch für Schulen maßgebend ist. „Dass die beruflichen Schulen in Bayern Distanzunterricht sehr gut beherrschen, haben sie bewiesen. Schule darf vom gesellschaftlichen Leben nicht abgekoppelt werden!“, so Männlein abschließend.



Die Pressemitteilung des VLB schaffte es in Auszügen auf die Titelseiten der Main-Post und ihrer Regionalausgaben. Auch im Münchener Merkur war auf Seite 1 des Bayernteils vom VLB zu lesen.